

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 204.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen über einen Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., sonstige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Sonnabend, den 5. Mai 1917.

24. Jahrg.

Die Möglichkeiten von Stockholm.

Von Friß Ebert.

Der Internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm wird weit über die Parteikreise hinaus großes Interesse entgegengebracht. Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit ihren optimistischen Betrachtungen und findet sie pessimistische Beurteilung. Für eine gemeinsame Friedensarbeit der sozialistischen Internationale hat die deutsche Sozialdemokratie seit Anbeginn des Krieges unausgesetzt gewirkt. Die bitteren Erfahrungen, die wir bei diesen ersten Verständigungsversuchen machen mußten, schämen uns vor einer Ueberschätzung der Stockholmer Konferenz. Gleichwohl dürfen wir annehmen, daß die energischen Bemühungen der skandinavischen und holländischen Parteien diesmal besseren Erfolg haben.

Böswilligerweise ist behauptet worden, die bisherigen Verständigungsversuche hätten an der politischen Haltung der deutschen Parteimehrheit scheitern müssen. Diese Behauptung ist falsch. Denn die französischen und mit ihnen die Mehrheit der englischen Sozialisten haben bisher jede Verhandlung über den Frieden mit der Internationale abgelehnt; auch eine separate Verhandlung mit dem Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus, dessen Mitglieder Holländer und Belgier sind. Ob die Franzosen nun zu Verhandlungen bereit sind, ist noch zweifelhaft. Der Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs hat bekanntlich mit 13 gegen 11 Stimmen die Beteiligung abgelehnt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß die Mehrheit der Engländer, besonders die Arbeiterpartei, sich ebenso verhalten wird wie die Franzosen. Allerdings soll Branting nach einer Pressemeldung erklärt haben, der Beschluß der Franzosen sei unbedingt auf ein Mißverständnis zurückzuführen, er könne nicht als endgültig betrachtet werden. Ob er Recht hat, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist aber mit einer Vertagung der Stockholmer Konferenz nicht zu rechnen. Denn die holländischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Internationale gingen mit der Absicht nach Stockholm, die Konferenz auch dann zu berufen, wenn wider Erwarten die Franzosen und Engländer auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren sollten. Entscheidend für den Entschluß der Mitglieder des Exekutivkomitees war die durch die russische Revolution geschaffene neue Situation und die Stellung der russischen Sozialisten. Nachdem nun die Konferenz offiziell berufen ist, muß angenommen werden, daß die Sozialisten Rußlands ihre Teilnahme zugesagt haben.

Die sozialistischen Parteien Italiens und Amerikas sind während des Krieges immer für die Berufung einer internationalen Konferenz eingetreten; von einer Veränderung ihres Standpunktes ist bisher nichts bekannt geworden. Von den Ländern der Zentralmächte haben außer Deutschland die Deutschen, Polen und Tschechen Oesterreichs, die Ungarn und die Bulgaren der Einladung zur Konferenz zugestimmt. Sehr wichtig für das Gelingen der Konferenz ist die Stellung der Sozialisten in den neutralen Ländern. Es steht fest, daß Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und die Schweiz in Stockholm vertreten sein werden.

Die Bedingungen für die Zulassung zur Konferenz sind die gleichen wie für die internationalen Kongresse. Nach diesen Regeln sind in den Ländern, wo die Sozialdemokratie gespalten ist, stets alle Gruppen zur Vertretung eingeladen worden. Schon daraus ergab sich die Zulassung der neu gebildeten Partei der „Unabhängigen Sozialisten“. Die deutsche Parteileitung hat aber auch von vornherein der Zulassung dieser Gruppe ohne weiteres zugestimmt. Außerdem haben unsere Vertreter im Hauptauschuß des Reichstages entschieden verlangt, daß keinem Konferenzteilnehmer Paßschwierigkeiten gemacht werden. Nach den Erklärungen der Regierung muß erwartet werden, daß entsprechend verfahren wird.

Ueber die Zahl der Teilnehmer an der Konferenz läßt sich etwas Bestimmtes nicht sagen. Für die Sitzungen des Internationalen Bureaus ist zwar die Zahl der Vertreter der einzelnen Parteien festgelegt; für die Konferenz in Stockholm ist sie aber nicht bindend. Immerhin soll die Teilnehmerzahl sich ungefähr im selben Rahmen halten. Amünen Kongreß handelt es sich also nicht. Mit den Parteien sind die gewerkschaftlichen Organisationen zur Konferenz eingeladen. Auch das entspricht den bisherigen Zulassungsbedingungen. Auf internationalen Kongressen waren die Gewerkschaften, auch die deutschen, in der Regel besonders vertreten. Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften werden sich deshalb über eine Gesamtvertretung der Partei und Gewerkschaften in Stockholm verständigen. In Aussicht genommen sind je drei Vertreter, außerdem wird die Reichstagsfraktion durch drei Delegierte vertreten sein.

Am schwierigsten dürfte wohl die Abgrenzung der Beratungen der Konferenz sein. In der offiziellen Einladung der Konferenz wird gesagt: auf der Tagesordnung steht die

Erörterung der internationalen Situation. Der Genosse Troelska, der stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Bureaus, hat bei den vorausgegangenen Besprechungen die Auffassung vertreten, daß es sich bei der Aussprache auf der Konferenz in der Hauptsache nur um die Frage handeln müsse: Wie kommen wir am schnellsten zum Frieden? Das ist auch die Auffassung der deutschen Parteileitung.

Wenngleich der Sozialdemokratie Deutschlands an einer allgemeinen Aussprache viel gelegen sein dürfte, so wird ihre Delegation in Stockholm es sich doch zur Aufgabe machen, positive, möglichst erfolgreiche Friedensarbeit zu leisten. Damit wird sie sicher im Sinne der Arbeiter aller Länder handeln.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Frieden liegt klar zutage. Getreu ihrer grundsätzlichen Auffassung hat sie sich während des ganzen Krieges gegen alle Bestrebungen gewandt, die dem Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges geben wollen. Ebenso entschlossen, wie sie alle gegen Deutschland gerichteten Eroberungs- und Vernichtungsziele abweis, bekämpfte sie die Eroberungspolitik in eigenen Lande. Parteiauschuß und Parteivorstand haben sich in ihrer letzten gemeinsamen Tagung einmütig und rückhaltlos auf den Boden der Friedensforderungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Rußland gestellt. Die Reichstagsfraktion hat sich diesem Beschluß angeschlossen. Die Grundlage für eine Verständigung der sozialistischen Parteien aller kriegsführenden Länder dürfte damit gesichert sein.

Wahrscheinlich werden die Verhandlungen in Stockholm nicht mit der gemeinsamen Konferenz beginnen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees haben vielmehr die Absicht, mit den Vertretern der einzelnen Länder zunächst allein Verhandlungen zu führen und so zu einer Verständigung über den Verhandlungsmodus und die Grundlinien der Konferenzberatungen zu gelangen.

Die Vorbereitungen für eine fruchtbare Arbeit sind also gegeben. Den unmittelbaren Frieden kann uns die Stockholmer Konferenz selbstverständlich nicht bringen. Gelingt es jedoch, dem Willen zum Frieden, der alle Völker erfüllt, einmütigen Ausdruck zu geben und zu einer Verständigung über die Richtlinien gemeinsamer Friedensarbeit in allen Ländern zu gelangen, dann ist viel gewonnen. Dann sind wir dem Frieden ein großes Stück näher gekommen. Das muß aber auch die Konferenz erreichen, wenn sie den Erwartungen gerecht werden will, die mit Recht in sie gesetzt werden. Sollten diese berechtigten Erwartungen enttäuscht werden, dann würden die Schuldigen sich eine Verantwortung auf, die sie nicht tragen können.

Die deutsche Delegation nach Stockholm.

Zur Stockholmer Konferenz entsenden der Parteivorstand die Genossen Scheidemann, Ebert und Müller, die Reichstagsfraktion die Genossen Wolfenbüch, Danil und Richard Fischer. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften wird drei Delegierte entsenden.

Die Lage in Rußland.

Ueber die gegenwärtige Lage in Rußland bringen zuverlässige Nachrichten kaum in die Öffentlichkeit. In Stockholmer Meldungen wird sie schwarz in schwarz gemalt; man spricht in denselben von Aufruhrjahren und verbreitet Tatsachen, bei denen der Stempel des Aufschritts deutlich zu erkennen ist. Immerhin scheint alles andere als Ruhe in den weiten Gauen Rußlands zu herrschen; es gärt dort anscheinend gewaltig. Gefördert wird diese Gärung noch durch das manchmal von allem anderen als politischer Klugheit zeugenden Verhalten der provisorischen Regierung, die immer wieder von Zeit zu Zeit in ihren alten, kriegsgeheulichen Fehler verfällt und dadurch die Arbeitervertreter zu Gegendemonstrationen herausfordert. Heute liegt wieder ein Beispiel dieser unter Umständen für die provisorische Regierung verhängnisvollen Taktik vor.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Miljukow beauftragte den russischen Vertreter bei den verbündeten Mächten eine Note zu übergeben, worin es heißt: Die verläufige Regierung Rußlands erließ am 27. März eine Kundgebung an die Bürger, worin sie die Wünsche der Regierung des freien Rußlands für die Ziele des gegenwärtigen Krieges auseinandersetzt. Unsere Feinde bemühten sich in letzter Zeit Zwittertracht zwischen den Verbündeten zu säen, indem sie unguinstige Nachrichten über die vorgebliche Absicht Rußlands verbreiteten, einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten abzuschließen. Das beigefügte Schriftstück wird derartige Erfindungen am besten widerlegen. Im übrigen ist es selbstverständlich und das beiliegende Schriftstück sagt es ausdrücklich, daß die provisorische Regierung, indem sie die erworbenen Rechte des Vaterlandes schützt, strikt den gegenüber den Verbündeten Rußlands übernommenen Verpflichtungen treu bleiben wird. Fest von dem siegreichen Ausgang des gegenwärtigen Krieges überzeugt, ist die provisorische Regierung sicher, daß die durch diesen Krieg aufgeworfenen Probleme im Sinne eines dauernden Friedens gelöst werden, ferner, daß die von den gleichen Bestrebungen erfüllten Militeren der Demokratie Mittel finden werden, die notwendigen Bürgschaften und Genugtuungen zu erhalten, um in Zukunft der Wiederkehr blutiger Zusammenstöße vorzubeugen.

Dieselbe Telegraphenagentur muß nun aber auch der Welt Kenntnis geben von der Unzufriedenheit weiterer Kreise mit dieser Note. Das geschieht in folgender Meldung:

Die heute von den Zeitungen veröffentlichte Note der provisorischen Regierung hat bei den Sozialisten lebhaft Unzufriedenheit erzeugt. Der Ausführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat die Note in außerordentlichen Sitzungen am 2. Mai, nachts, und am Morgen des 3. Mai beraten, ohne jedoch irgendeinen Beschluß zu fassen. Schließlich hat der Rat beschlossen, vor der Fassung irgendwelcher anderer Beschlüsse die Regierung um Aufklärung zu ersuchen über die Gründe, die sie zur Veröffentlichung dieser Note bestimmt hätten. Zu diesem Zwecke hat der Ausführende Ausschuß der Regierung eine gemeinsame Sitzung vorgeschlagen, was die Regierung annahm. Am Nachmittage erhielt der Ausführende Ausschuß die Nachricht, daß die Note

der Regierung auch bei einigen Truppenkörpern Unzufriedenheit erregt habe. Das Infanterie-Regiment „Finland“ jagt mit Bannern, deren Aufschriften den Rücktritt der Minister Gutschkow und Miljukow fordern, vor dem Marien-Palast. Andere Truppenteile schlossen sich dem Regiment an. Der Ausführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates traf Vorkehrungen, um die Soldaten zur Rückkehr in ihre Kasernen zu veranlassen. Der Ausführende Ausschuß hält irgendeine Gegenwirkung gegen die Note der Regierung für nötig, er beabsichtigt aber keineswegs, die provisorische Regierung zum Rücktritt zu veranlassen. Auch in Arbeiterkreisen hat die Note Erregung verursacht. Im Laufe des Tages haben Kundgebungen und Volksversammlungen in der Hauptstadt stattgefunden. Die Manifestanten zogen mit Bannern einher mit den Aufschriften: „Nieder mit der provisorischen Regierung! Nieder mit Miljukow! Nieder mit Gutschkow!“

Die Situation ist also für die provisorische Regierung nicht gerade angenehm. Es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß sie insanken gerät und nicht mehr zu halten ist. Was dann? Die Antwort auf diese Frage ruht noch im Dunkel der Zukunft.

Vom Tage.

Zur Stockholmer Sozialistenkonferenz liegt heute folgende Meldung vor: Die holländische Delegation der sozialistischen Internationale, die die Initiative zur Stockholmer Konferenz ergriff, schloß sich der schwedischen Delegation an. Im vollen Einverständnis mit dieser wurde beschlossen, die anderen skandinavischen sozialistischen Parteien von Norwegen und Dänemark gleichermäßen einzuladen und je einen Vertreter abzuordnen, um sich an der dauernden Arbeit zu beteiligen. Es wurde beschlossen, daß besondere Konferenzen mit den verschiedenen Delegationen der übrigen Parteien vom 15. Mai ab stattfinden sollen. Die Delegationen sollen aber volle Freiheit hinsichtlich der Teilnahme an der allgemeinen Konferenz haben, die nicht vor dem 10. Juni stattfinden soll, um die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage zu prüfen.

Aus Amsterdam wird geschrieben: Im Anschluß an die Meldung von der Reise der holländischen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus nach Stockholm bemerkt das „antirevolutionäre“, also extrem konservative Blatt, „De Amsterdamer“, daß es sehr gut möglich sei, daß die Sozialdemokraten das Verbindungsglied zwischen den kriegsführenden Parteien schmieden. Und es fügt hinzu: „Wir haben schmähernd über die Internationale gesprochen, als sie bei den ersten Stürmen des Krieges zu Boden geschlagen wurde, und sie hatte es verdient, denn viele Jahre hatte sie sich großsprecherisch gerühmt, die Kraft zu haben, um den Krieg zu verhindern. Aber nach dieser gerechtfertigten Kritik gehört es sich, daß wir die Verdienste der Sozialisten endlich anerkennen und bekennen, daß sie

mehr und mehr mit aller Macht gegen den Kriegsgreuel protestieren und für den Frieden eifern, während die Christen leider nur zu sehr schweigen. Es kann sein, daß Gott, dessen Wege wunderbar sind, die internationale Sozialdemokratie als das Mittel gebrauchte will, der Menschheit den Frieden wiederzugeben. Dann wird sie groß werden und siegend über die Welt schreiten." Wir empfehlen dieses Vorbild eines christlichen Bekenntnisdrangs gewissen Herren in Lübeck zur dringenden Beachtung!

Von der Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WEH. Berlin, 4. Mai, abends. (Amlich.) An der Arras-Front sind beiderseits Bullecourt englische, an der Aisne-Front, zwischen Verzy-au-Bac und dem Brimont starke französische Angriffe abgelehnt. Im Osten keine besonderen Ereignisse.

Wien, 4. Mai. (Amlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph. Gestern abend brach der Angriff eines russischen Regiments vor unseren Stellungen nördlich des Sufta-Tales zusammen. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der ganzen Front die üblichen Artillerie- und Minenwerferkämpfe. Bei Görz versuchte der Feind einen Gegenangriff. Dank der Wachsamkeit unserer Truppen und der Güte unserer Schutzmittel mißlang der Angriff, der uns keine Verluste brachte. Einige brave Flieger schossen gestern im Luftkampf drei feindliche Apparate über der Karst-Hochfläche und einen bei Istrien ab.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Ereignisse zur See.

Am Abend des 3. Mai besetzten unsere Seeflugzeuge das Pumpwerk von Codigera im Gebiete der Po-Mündung mit Bomben und lehrten ohne Verluste zurück. Am selben Tage wiederholten unsere Seeflugzeugeskadren die Angriffe auf militärische Anlagen von Villa Vicentina und von Balona mit beachtlichem Erfolg. In Balona entstand hierdurch ein riesiger Brand, der von heftigen Explosionen begleitet und auf mehr als 50 Seemeilen zu sehen war. Trotz heftigen Abwehrfeuers sind alle Flugzeuge unverletzt zurückgekehrt. Bombenwürfe feindlicher Flieger im Raume von Triest verursachten nur unbedeutenden Schaden.

Frankreich und Belgien.

Die gegenseitigen Seeresberichte.

Frankösischer Bericht vom 3. Mai, nachmittags: Artillerieartillerie und zahlreiche Zusammenstöße von Erkundungsabteilungen im ganzen Gebiete des Chemin-des-Dames. In der Champagne schlugen wir feindliche Heereskräfte im Walde westlich von Cornillet und auf den Höhen südlich des Hoch-Berges ab. In der höchsten Gegend überwalligten wir eine feindliche Stellung, in der noch Widerstand geleistet wurde; ihre Besatzung wurde gefangen genommen, 9 Offiziere und 210 Mann blieben in unserer Hand. Auf dem linken Maas-Ufer drangen einige unserer Abteilungen in feindliche Gräben im Walde von Avocourt ein. Auf dem rechten Ufer Patrouillenkämpfe bei Demloup und Bezonvaux. Heftiges Geschützfeuer an mehreren Frontstellen, namentlich im Abschnitt von St. Mihiel.

Abends: Heftige Artillerieartillerie in einigen Abschnitten der Aisne-Front. Die Deutschen schossen Metras tagsüber sehr heftig. In der Gegend von Trage an Launoy machte eine unserer Erkundungsabteilungen vor einem Vorposten in die deutschen Linien Gefangene zurück. In der Champagne Artillerieartillerie mit Unterbrechungen, keine Infanterieartillerie. Keinerseits sonst ruhiger Tag.

Am 2. Mai zeigten sich unsere Jagdflieger besonders tätig. Im Laufe zahlreicher Luftkämpfe wurden von unseren Fliegern 4 deutsche Maschinen abgeschossen; 15 weitere wurden beschädigt, als sie beschädigt in ihren Linien niederfielen. In der Nacht zum 30. April besetzte eines unserer Geschwader von Schützen und Bombenwerfern von Dombasle mit Bomben. Am Morgen des 1. Mai warfen unsere Flugzeuge 20 Kilogramm Bomben auf den Flugplatz von Sillanour. In der folgenden Nacht wurde die gleiche Gegend mit 200 Kilogramm Sprengstoff belegt. Ein großer Brand in einem Schuppen wurde beobachtet. In der Nacht zum 2. Mai warfen unsere Abteilungen auf die Bahnlinie von Rothenville Sonn, Leveque und Chantel bei Reconvreux, wo ein sehr heftiger Brand und Explosionen erfolgten, Schaden.

Belgischer Bericht: Heftige Artillerieartillerie zwischen Dinant und Oisemont. Handgranaten und Bombenwurf in der Richtung Steenbraten.

Englischer Bericht vom 3. Mai: Im ganzen Tag heftiger Kampf. Der Feind versuchte starke Aktionen und machte fast an der ganzen Front wiederholte Gegenangriffe. Er erlitt schwere Verluste durch unser Feuer. Wir drangen in den Abschnitt der Hindenburg-Linie südlich von Duant ein und machten Fortschritte in der Nachbarschaft von Cherisy. Wir nahmen Fresnoy und die Stellungen südlich und nördlich davon in einer Frontbreite von zwei Meilen. Wir trafen auch in den Gräben nördlich von Dapa und machten einige Gefangene.

In der ganzen Front von der Hindenburg-Linie bis südlich von Cornillet bis nach Ailly und der Straße von Tria hin fanden schwere Kämpfe statt. Unsere Truppen nahmen Fortschritte und nahmen eine Anzahl feindlicher Stellungen.

Die neue Schlacht bei Arras.

Mit dem Aufwande des gewaltigen Heeres von 300 000 Mann versuchten die Engländer abermals vergeblich, in der verzweifeltsten Riesenschlacht einen entscheidenden Durchbruch zu erzwingen. Geschwader von Panzermagazinen, starke englische Kavalleriemassen und Reservisten waren bereitgestellt worden, um in dem Augenblick nachzuschlagen, da die deutsche Verteidigungsmauer durchbrochen war. Mit ungeheuren blutigen Verlusten, von über tausend Gefangenen, einer großen Anzahl vernichteter Panzermagazine und zerstörter Batterien bezahlte der Feind seinen vergeblichen Angriff. Die gesamte deutsche Front wurde behauptet. Nur auf dem Nordflügel vermochten die Engländer östlich Arras einige hundert Meter auf Fresnoy vorzudringen. Vormittags: mit tausend Geschützen schweren und schwersten Kalibers und einem Hagel von Mörsern, versuchten die Engländer wieder und wieder vergeblich, die verannte deutsche Stellung sturmreif zu machen. Um 10 Uhr vormittags brachen die ersten massierten feindlichen Sturmhaufen, geführt von Tankgeschwadern, auf einer Breite von rund dreißig Kilometern vor. Die ersten Angriffsmassen erlitten in dem rasenden deutschen Feuerwirbel ganz unerhörte Verluste, die die Engländer durch rasch herangehenden Diversionen wieder auszufüllen versuchten. Im ersten mit tödlichem Erfolg gelang es dem Gegner, sich in Fresnoy und Fresnoy festzusetzen, während er an anderen Stellen, wo er vorübergehend in unsere vordersten Gräben eindrang, im Gegenstoß sofort wieder geworfen wurde. In einzelnen Frontabschnitten wurden die Angreifer mit Handgranaten zurückgetrieben. Um die Stellungen dicht nördlich der Chauffee Arras-Cambrai bis westlich Cherisy hinunter, tobte an Vormittag erbitterter Kampf. Auch weiter südlich waren am Vormittag Kämpfe um die erste Linie noch im Gange. Wieder und wieder zogen die Engländer ihre abgekämpften und zusammengeschossenen Divisionen zurück und warfen neue in die Schlacht, während die deutsche Infanterie in erbitterten Anstürmen aus eigener Kraft ohne herangeführte Unterstützung und Reservisten trockte. Schon am Vormittag blieben mehrere hundert Gefangene in unserer Hand. Mittags tobte die Schlacht noch auf der ganzen Front mit größter Heftigkeit. Abends ist ein neuer großer Durchbruchversuch der Engländer abermals vollkommen gescheitert. Die englischen Verluste übersteigen jedes schätzbare Maß. In Fresnoy wurde noch bis spät in die Nacht gerungen. Wo sich auf einzelnen schmalksten Stellen in der vordersten Linie noch Engländer befanden, wurden erfolgreiche Gegenangriffe unternommen. Vor Einbruch der Nacht setzte der Gegner zum fünften großen Angriff auf das Dorf Oppy an. Er erlitt dort abermals eine neue blutige Niederlage. Gegen Mitternacht berannten die Engländer nochmals das Dorf Cherisy. Zum Teil eingedrungen, wurden sie in nächstlichem Handgranatenkampf unter schweren blutigen Verlusten wieder hinausgeworfen. Die heiß umkämpften Dörfer Oppy, Fresnoy und Cherisy sind in unserer Hand. Auch weiter südlich blieben nächtliche Teilangriffe erfolglos. 4.30 Uhr nachmittags entbrannten bei Säuberung der Engländerneister in der Gegend von Bullecourt nach heftigem Trommelfeuer dort abermals heftige Kämpfe, die noch nicht abgeschlo-

berentlicher britischer Transportdampfer. Die englische Admiralität teilt mit: Der britische Transportdampfer „Arcadian“ (8930 Tonnen), mit Truppen an Bord, wurde am 15. April im östlichen Mittelmeer torpediert und sank in fünf Minuten. 279 Mann werden vermisst, sie ertranken vermutlich.

Die norwegische Handelsflotte und der U-Boot-Krieg. „National Tidende“ meldet aus Kristiania: Die Zahl der im April verenteten norwegischen Schiffe beträgt über 70. Gegen 100 norwegische Seelente sind umgekommen. Im März wurden 66 Schiffe verentet.

Merlei Kriegsnachrichten.

Wieder ein neuer Gegner.

Die Zahl unserer Gegner wächst immer mehr. Nun hat auch China uns den Krieg erklärt. Eine Reuters-Meldung aus Peking besagt:

Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, Deutschland sofort den Krieg zu erklären. Inzwischen ist es also so weit gekommen, daß nahezu die ganze Welt gegen uns im Kriege steht.

Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Wie der Pressedienst des schweizerischen Bundesrats mitteilt, sind die Verhandlungen zwischen den deutschen und schweizerischen Unterhändlern über das Wirtschaftsabkommen zum Abschluss gelangt. Die Vereinbarung sieht die Verlängerung des am 30. April d. J. abgelaubenen Abkommens bis zum 31. Juli d. J. vor. Die Grundbedingungen des neuen Vertrages sind die gleichen geblieben wie die des alten; gegenläufige Lieferung von Landeserzeugnissen unter Berücksichtigung der eigenen Bedürfnisse. Unter anderem ist die Belieferung der Schweiz mit Kohlen und Eisen für die nächsten drei Monate im bisherigen Umfang und auf der bisherigen Grundlage zu erwarten.

Die Zivildienstpflicht in Schweden.

Die Regierung brachte eine Vorlage zur Einführung der Zivildienstpflicht für alle männlichen und weiblichen Staatsbürger zwischen 15 und 60 Jahren ein, die durch einen Erlass der Regierung einberufen werden können. Im Prinzip umfaßt die Dienstpflicht das ganze Wirtschaftsleben, soll aber vorläufig nur zur Beseitigung des Holzmanns dienen.

Veränderungen im griechischen Kabinett.

Zalmis übernimmt das Ministerium des Neuhorns und George Kallias wieder das Finanzministerium. Die übrigen Minister werden abends ernannt.

Bewilligte Kriegskosten Amerikas.

Wie aus Washington gemeldet wird, habe das Repräsentantenhaus mit 369 Stimmen gegen eine Stimme, und zwar des Sozialisten Meyer-London, den Kriegskostenetat genehmigt, welcher 2827 Millionen Dollar beträgt.

Der Krieg bis zum Ende!

Wo ist das Ende?

Unter diesem Titel schrieb vor einiger Zeit der „Sozialistische Belgier“:

Großbritannien hat bisher für Kriegsausgaben 93,875 Millionen Franken geliehen, d. h. wenigstens ein Viertel des Besitzes jedes einzelnen Bürgers. Frankreich hat schon über 73 500 Millionen ausgegeben, die durch einen jährlichen Kredit von mindestens 2500 Millionen gedeckt werden müssen. Rußland hatte Ende 1916 ungefähr die Summe von 65 000 Millionen überschritten, wozu für 1917 42 000 neue Millionen kommen werden — also im ganzen 107 000 Millionen. Die jährliche Zinszahlung wird 6272 Millionen fordern, d. h. ein Drittel des Einkommens jedes russischen Staatsbürgers. Italien wird Ende 1917 eine Kriegsschuld von mindestens 38 000 Millionen haben. Das Jahreseinkommen einer italienischen Familie übersteigt im Durchschnitt nicht 6000 Franken. Ihre jährliche Last wird 300 bis 350 Fr. betragen. Österreich-Ungarn hat bis 1917 etwa 50 000 Millionen auszugeben, was eine jährliche Verzinsung von 3500 Millionen ausmacht. Die bestehende Schuld betrug schon 6000 Millionen jährlich. Kommen nur noch 3500 Millionen dazu, so hat man die Hälfte des Einkommens einer österreichischen Familie. Deutschland hatte bis September 1916 etwa 50 000 Millionen Mark ausgegeben. Von September 1916 bis März 1917 kamen weitere 15 000 Millionen dazu. Im ganzen 65 000 Millionen. Die jährliche Zinslast wird mindestens 3250 Millionen betragen.

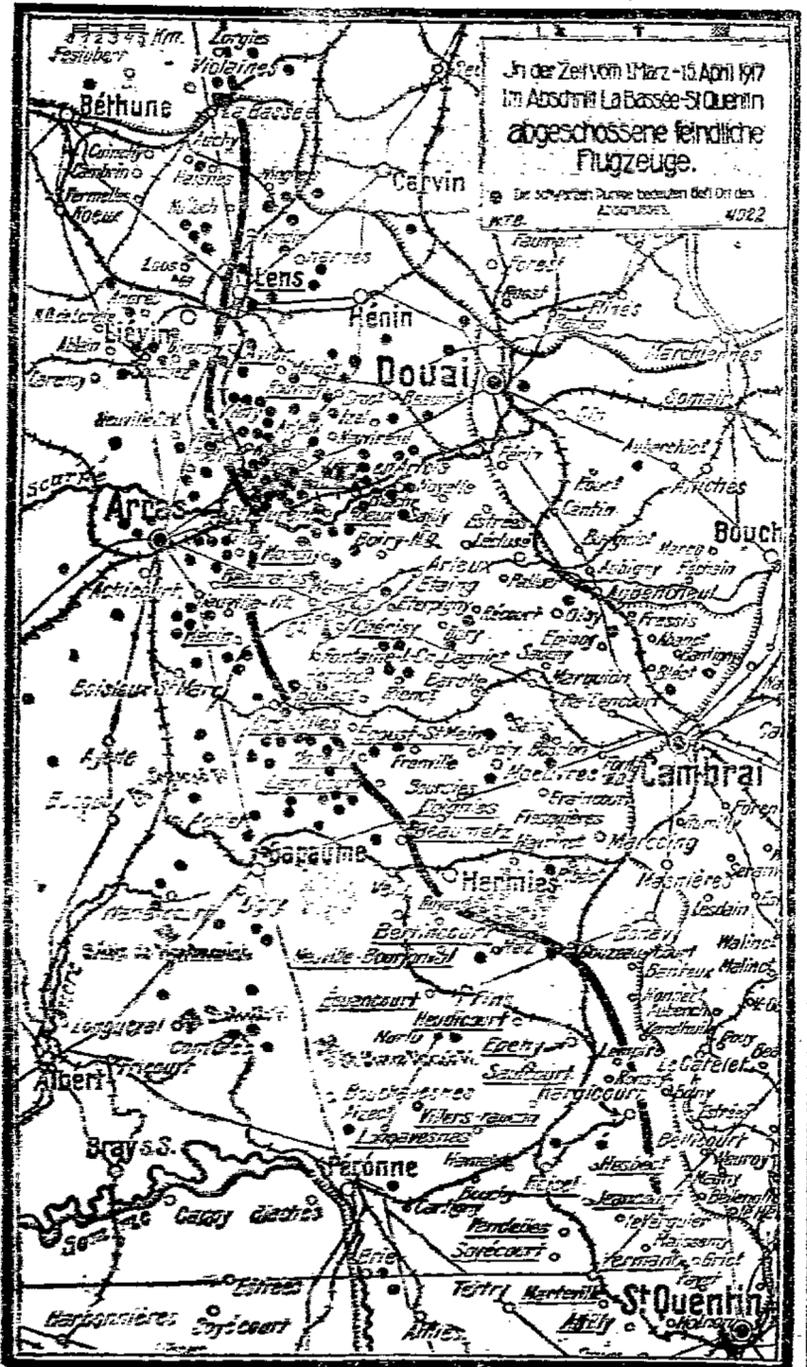
Man füge zu diesen schauerlichen Ziffern die Summen hinzu, die nötig sein werden, um den Witwen und Waisen-Pensionen zu bezahlen.

Weiter ziehe man in Betracht, daß schon mit einem Zehntel für 1918 gerechnet wird und antworte dann auf die Frage:

Was soll man zur Politik jener Leute sagen, die sich damit begnügen, zu schreiben: „Bis ans Ende?“ Muß man nicht befürchten, daß Europa am Ende sein wird?

Die Aenderung der Reichsverfassung.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages trat gestern zu der ersten Sitzung zusammen. Eingegangen ist ein Antrag desentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen auf Aenderung der Reichsverfassung. In den Anträgen wird verlangt: Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter gegenüber dem Reichstage, Ernennung von Offizieren und Beamten der Marine unter Gegenzeichnung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und Verantwortlichkeit desselben für die Verwaltung der Kriegsmarine dem Reichstage gegenüber, Ernennung von Offizieren und Militärbeamten eines Kontingents unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents, welcher mit Ausnahme des bayerischen Kriegsministers dem Reichstage für die Verwaltung des Kontingents verantwortlich ist. Ferner wird verlangt, daß eine Bewilligung der Schöpfung und der Bewilligung für Heer und Marine im Kriege und Frieden auf Grund der verfassungsmäßigen Vorschriften erfolgt. Des weiteren wird die Verlegung eines



ten Red. Der neue gewaltige Schiffsbau ist ein toller Sieg der deutschen Rüstung, insbesondere der Infanterie.

Der Seetrieg.

Neue U-Boots-Erfolge.

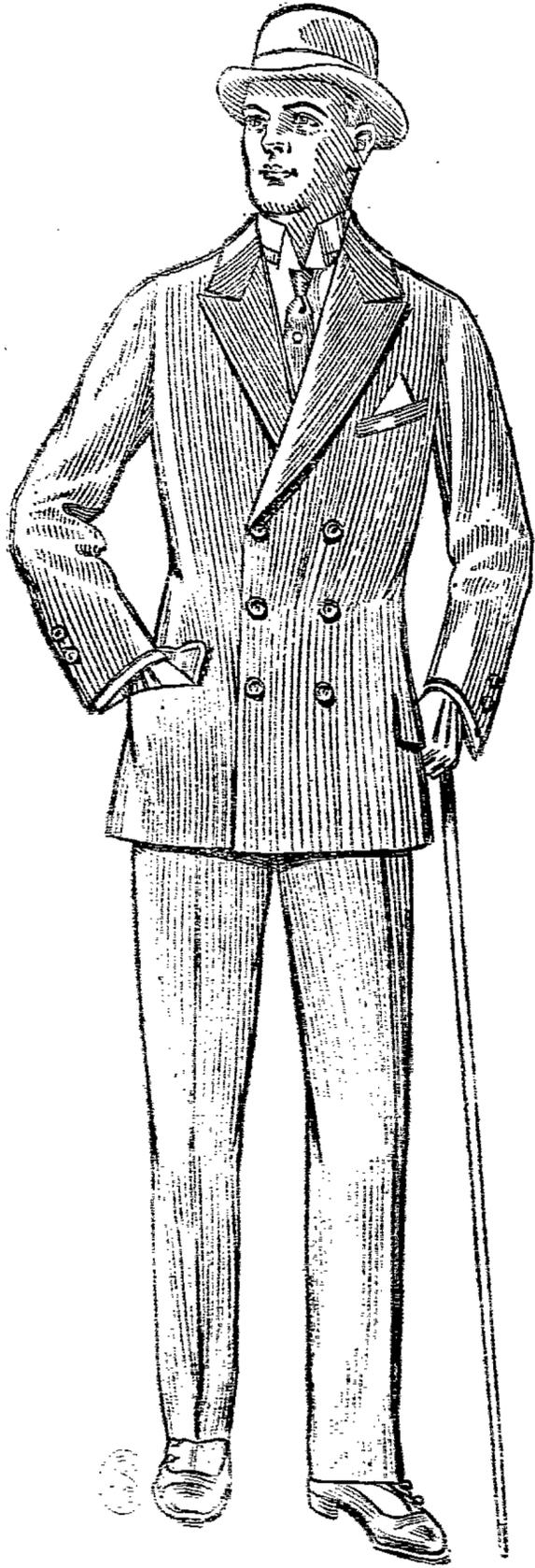
WEH. Berlin, 4. Mai. (Amlich.) Unsere Handelsflotte war insgesamt 36 000 Tonnen, davon wurden acht mit 24 000 Tonnen im englischen Kanal zerstört. Der Chef des Ober der Marine.

348 feindliche Flugzeuge zerstört.

Den Weider Nachrichten zufolge werden die „Times“ aus dem Monat April an der Westfront 147 englische und 201 französische und belgische Flugzeuge zerstört wurden. Diese Zahl, so bekannt das Welt, übersteigt in hohem Maße die Verluste, die die Luftkräfte der Alliierten während der Schlacht an der Somme erlitten.

Herren- und Jünglingsbekleidung

Erprobte Stoffe, solide Verarbeitung, eleganter Schnitt und tadelloser Sitz sind die hervorragenden Eigenschaften meiner Herren- und Jünglings-Bekleidung. Meine Läger sind reich sortiert. Von der Preiswürdigkeit zeugen nachstehende Beispiele.



Herren-Anzüge

aus soliden Cheviot- und Buckskinstoffen
moderne 1- und 2-reihige Formen

25.50 29.50 36.50 48.50

Herren-Paletots

aus hellen und dunklen Cheviotstoffen, moderne Form, tadelloser Sitz,
prima Verarbeitung

29.00 34.50 39.50 49.50

Herren- u. Jünglings-Beinkleider
Lüstre- u. Waschjoppen
sowie sämtliche Berufs-Kleidung in bekannt guten
und preiswerten Qualitäten.

Jünglings-Anzüge

moderne 1- und 2-reihige Formen in bester Verarbeitung und besonders
empfehlenswerten Stoffen

24.50 29.50 32.50 36.50

Jünglings-Paletots

erprobt gute Stoffe in schönster Ausmusterung
und bester Verarbeitung

26.50 29.50 34.00 39.50

Weiche Herren-Hüte moderne Formen
und Farben ... 3.95 5.75 6.75

Steife Herren-Hüte solide
Qualitäten ... 4.50 5.75 6.25

Herren-Stroh-Hüte Knit-Form,
weiß und farbig ... 1.85 2.45 3.75

Herren-Stroh-Hüte weiß und farbig,
Panama-Form ... 1.85 2.40 3.25

Herren-Mützen blau Jachtklub
und Fliegerform ... 2.50 3.75 4.50

Herren-Sportmützen ... 1.10 1.60 2.75

Rudolph Karstadt : Lübeck

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung.

Freitag, den 4. Mai, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesstatistik: Helfferich, v. Breitenbach.

Kleine Anfragen.

Abg. Hoch (Soz.) fragt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß in vielen Fällen die Kriegsunterstützung solcher Kriegesfrauen entzogen worden ist, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, weil sie entweder kränzlich oder in ihrem Haushalt unbeschäftigt sind.

Ministerialdirektor Lewald: Derartige Maßnahmen würden nicht im Sinne der Reichsleitung sein. Die Unterstützung ist nur solchen Frauen zu entziehen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich sind und zu arbeiten vermögen.

Abg. Hoch (Soz.) weist auf die Bewegung zur dauernden Beibehaltung des 7-Uhr-Abend schlusses und seiner Ausdehnung auf die Lebensmittelgeschäfte und auf den Sonnabend hin und fragt, ob der Reichskanzler diesen Wünschen Rechnung tragen will.

Ministerialdirektor Lewald: Eine Abänderung des 7-Uhr-Abend schlusses während des Sommers ist nicht in Aussicht genommen, aber auch nicht die Ausdehnung auf den Sonnabend.

Abg. Mumm (Dt. Fr.) fragt, ob bereits Schritte im Sinne der Reichstagsbeschlüsse zur Schaffung von Kriegerheimstätten getan sind, damit sofort bei Beginn der Entwaflnung eine großzügige innere Siedlung einleiten kann.

Ministerialdirektor Lewald: Die Kriegerheimstätten werden nach Möglichkeit gefördert und das Kriegerheimstättengesetz soll so weitgehend wie möglich angewendet werden. Aber vor übertriebenen Hoffnungen muß gewarnt werden.

Abg. Rühle (wld. Soz.) weist auf die Verhaftungen polnischer Sozialisten in Warschau hin und fragt, was der Reichskanzler tun gedenkt, um den Sozialisten in den besetzten polnischen Gebieten dieselbe Freiheit der politischen Betätigung zu gewährleisten, wie sie ihre Gesinnungsgenossen in Rußland haben.

Ministerialdirektor Lewald: Von den genannten Vorgängen ist dem Reichskanzler nichts bekannt. Nach Eingang der Anfrage ist eine Rückfrage nach Warschau ergangen, auf die die Antwort noch aussteht. Die Anfrage kann heute daher nicht beantwortet werden.

Abg. Kuhnert (Soz. Arb.) weist auf die Einstellung von im Adlms-Kriegsfeld domizilierenden Belgiern ins deutsche Heer hin, gegen die die Betroffenen vergeblich Einspruch erhoben hätten.

Oberst Marquardt: Die Beantwortung dieser Anfrage erfordert eine Reihe von Feststellungen, die wegen der Kürze der Zeit bisher nicht möglich waren. Ich bin bereit, an einem der nächsten Tage Auskunft zu geben.

Abg. Kuhnert (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß belgische Staatsbürger durch behördliche Mätigung gezwungen worden sind, ihren Fahneid gegenüber Belgien zu brechen? (Präsident Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.)

Abg. Kuhnert (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vorgehen der deutschen Militärbehörde gegenüber den Belgiern eine brutale Verletzung des Völkerrechts darstellt? (Präsident Kaempf: Auch dieses ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.)

Auf der Tagesordnung stehen nunmehr die Interpellationen der Konservativen und der Sozialdemokraten über die Kriegsjahre.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichskanzler ist bereit, die beiden Interpellationen innerhalb der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist an einem mit dem Präsidenten näher zu vereinbarenden Tage zu beantworten.

Stats der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.): Die Reichseisenbahnen liegen jetzt zum größten Teil im Okkupationsgebiet, aber man sollte doch bei der Beschränkung des Verkehrs nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgehen und nicht ganze Gebiete, die stromlich fern vom Kriegsschauplatz liegen, von jedem Verkehr ganz absperrten. Allerdings ist über die Verkehrsbeschränkungen und die Schwierigkeiten bei den Passagierfahrten nicht nur bei den Reichseisenbahnen zu klagen, sondern überall in Deutschland, auch in Berlin. — Der Gedanke der Vereinheitlichung der deutschen Bahnen markiert. — Die Lohnverhältnisse der Arbeiter und Angestellten bei den Reichseisenbahnen sind bei der gegenwärtigen Teuerung ganz unzulänglich. Bei der Lohnverbesserung hat man den höchsten bezahlten Arbeitern 8 Pfg. pro Stunde zugelegt, den Arbeitern mit dem niedrigen Stundenlohn nur 4 Pfg., jedoch der Entlohnungsabstand noch größer geworden ist. Ein Gleiches gilt für die Teuerungszulagen. Ein solches Vorgehen erscheint ungerechtfertigt. Auch sind die Teuerungszulagen im Verhältnis zu den gestiegenen Preisen der Lebensmittel zu gering. Ferner sollte man bei den Teuerungszulagen den Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitern fallen lassen, und ledige Arbeiter, die einen selbstständigen Haushalt führen, sollten den Verheirateten gleich erachtet werden. Die Arbeitszeit bei den Reichseisenbahnen ist eine viel zu lange. Besonders übel sind die Pensionäre daran, die nur wenig über 60 Mk. erhalten. Auch ihnen sollte man Teuerungszulagen gewähren. Die Werkstättenarbeiter haben täglich zwei Überstunden zu leisten. Das können sie auf die Dauer garnicht aushalten, zumal auch weitgehende Sonntagsarbeit bei ihnen in Aussicht genommen ist. Die Frauen sollte man zu den regelmäßigen Überstunden nicht heranziehen. Auch sollte man den Frauen für gleiche Leistung gleichen Lohn gewähren. Die deutschen Eisenbahnen haben im Kriege sehr viel geleistet; aber die Arbeiter und Angestellten, die einen hervorragenden Anteil an diesen Leistungen haben, werden auf vielen Gebieten noch als minderen Rechtes betrachtet. Man sollte ja sogar das Hilfsdienstgesetz schärfer lassen, wenn die Eisenbahnarbeiter die gleichen Rechte bekämen wie die anderen Arbeiter. Es wird ferner von der Neuorientierung gesprochen und man war gespannt, wie die oberste Leitung des großen deutschen Eisenbahnbetriebes sich die Neuorientierung denken würde. Aber Herr von Breitenbach hat selbst die bescheidensten Hoffnungen geäußert. Warum will der Minister denn nicht den Eisenbahnarbeitern das uneingeschränkte Koalitionsrecht geben. Die Angst vor leichtfertigen Streiks ist ganz unberechtigt. Eisenbahnerstreiks werden unter allen Umständen vermieden, wenn die Verwaltung den berechtigten Forderungen der Arbeiterzeitung ein vernünftiges Entgegenkommen zeigt. Es gärt schon seit langem unter den Eisenbahnarbeitern. Ihren Forderungen muß Rechnung getragen werden, nur dann können dauernd gesunde Verhältnisse bei unseren Eisenbahnen geschaffen werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Fuchs (Soz.) bittet um Berücksichtigung der Wünsche der Lokomotivführer, Heizer, Werkführer usw. — Bei der letzten Neuregelung der Löhne sind leider die Vertreter der Arbeiterzeitung nicht gehört worden. Das sollte in Zukunft unbedingt geschehen. Zündstoff ist gewiß viel unter den Eisenbahnern vorhanden aber es wird auch manchmal solcher Zündstoff von außen hineingetragen. So hat man jetzt versucht, auch die Eisenbahner zu bewegen, sich dem Streik der Munitionsarbeiter anzuschließen. Glücklicherweise hatten die führenden Organisationen ihre Leute fest in der Hand und so wurde dieser Streik zum Wohle der Eisenbahner und des Vaterlandes vermieden. — Das Streikrecht kommt für die Eisenbahner nicht in Frage, auch der neue Eisenbahnerverband hat ausdrücklich darauf verzichtet. Als Ergänzung für das fehlende Streikrecht müssen die Arbeiterausschüsse, die Schlichtungsstellen bei der Eisenbahn möglichst ausgebaut werden.

Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen Minister von Breitenbach: Ich bedauere als Verkehrsminister die in den Reichslanden besonders starken Verkehrsbeschränkungen, sie sind aber aus militärischen Gründen unvermeidbar, da die Reichslande im Okkupationsgebiet liegen. Eine grundsätzliche Nachprüfung des Ausreichens der heutigen Beamtenbesätze wird sofort nach dem Kriege erfolgen. Anders liegt es bei den Arbeitern. Das Lohn-einkommen folgt viel unmittelbarer der jeweiligen Konjunktur. So ist schon während des Krieges eine erhebliche Erhöhung der Löhne der Eisenbahner erfolgt. Allein für die Arbeiter der Reichseisenbahnen sind 1917 für Lohnverbesserungen 9,3 Millionen vorgezogen. Das irgendetwas Lohnregulierung, wenn sie auch vorher hoch ist, alle Wünsche befriedigt, ist ganz ausgeschlossen. Bei jeder allgemeinen Nachprüfung der Lohnordnung wird die Arbeiterzeitung gehört. Angzuerkennen ist, daß die Eisenbahner die großen Anforderungen, die jetzt an sie gestellt werden müssen, pfeudig erfüllen. Gegen die Auffassung, als ob die Arbeiter der Reichseisenbahnen als Arbeiter minderen Ranges behandelte würden, muß ich entschieden Einspruch erheben. Beweise wird der Abg. Fuchs für diese seine Behauptung nicht beibringen können. Den Beschluß des Reichstages beim Hilfsdienstgesetz hat die Eisenbahnerverwaltung loyal ausgeführt. Die Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn sind bereits im Januar des Jahres im Sinne dieses Gesetzes ausgestattet worden. Sie können auch über Lohnfragen verhandeln. In Stralsburg ist ein Bezirksauschuss, aus den Kreisen der Arbeiter gewählt, eingesetzt worden. Schlichtungsausschüsse, die außerhalb der Verwaltung stehen, können unmöglich zufrieden urteilen über die Bedürfnisse und Notwendigkeiten eines so großen, einheitlich geschlossenen Betriebes wie der Eisenbahnerverwaltung. Mit einem Industriebetrieb läßt sich die Eisenbahn nicht vergleichen.

Abg. Schirmer (Z.): Wir hatten erwartet, daß auch für das Eisenbahnerpersonal Arbeiterausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes eingerichtet werden würden, die wirklichen Einfluß auf die Lohngehaltung haben. Ein solcher Ausbau der bestehenden Ausschüsse wäre sehr wünschenswert. Bei der Marine- und Heeresverwaltung sind die Ausschüsse und Schlichtungsstellen des Hilfsdienstgesetzes anstandslos bewilligt.

Abg. Bernuth (Dt. Fr.) spricht seine Genugtuung aus über die Verbesserung der Grundlöhne und die Zulagen, die Eisenbahnarbeiter und Angestellte erhalten haben. Bedauerlich und erntaunlich ist, daß die Eisenbahnerverwaltung nicht Gebrauch macht von dem neuen Wasserumlaufapparat des Ingenieurs Kunert, durch den die Leistungsfähigkeit der Lokomotiven ganz gewaltig erhöht werden würde. Bei der gegenwärtigen Kohlenknappheit wäre das sehr wichtig.

Abg. Gothein (Fr.) schließt sich dem Bedauern des Vorredners über die Wichtigkeit des Kunertschen Wasserumlaufapparates bei den Lokomotiven an. Ferner bedauert der Redner, daß die aus dem Handwerkerstand hervorgegangenen Beamten schlechter gestellt sind als die anderen Beamten. Dem dringenden Wunsch des Reichstages nach Einführung von Arbeiterausschüssen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes sollte der Minister sich nicht länger widersetzen.

Abg. Haegy (Eh.): Heute sind die Eisenbahnen die Stütze der Heere. Die Armeen marschieren auf den Eisenbahnen. Die Eisenbahnen haben ihre volle Pflicht getan. Umso mehr sollte man ihnen berechtigten Wünschen entgegenkommen.

Abg. Werner-Hersfeld (Dt. Fr.) tritt für Besserstellung des Werkmeister ein.

Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen v. Breitenbach sagt wohlwollende Berücksichtigung der geäußerten Wünsche zu. Ueber die Frage des Wasserumlaufapparates sind sich die Techniker noch nicht einig, sie wird aber jedenfalls weiter geprüft. Auf dem Gebiete des Lokomotivbaues ist die preussisch-belgische Eisenbahnerverwaltung stets führend vorgegangen. Der Einführung der Heißdampfmaschine haben wir unsere wirtschaftlichen und zum Teil auch unsere Kriegserfolge zu verdanken. (Bravo!)

Abg. Fuchs (Soz.): Die Zahlen, die der Minister über die erfolgten Lohnerhöhungen angeführt hat, können wir nicht nachprüfen, da uns der sonst übliche Verwaltungsbericht auch im dritten Kriegsjahr leider nicht vorgelegt worden ist. Eine kleine Verbesserung ist es, daß bei künftiger Revision der Lohnordnung die Arbeiter gehört werden sollen. Die Ankündigung, daß auch nach dem Kriege die Überstunden nicht ganz aufhören würden, wird sehr hoffnungslos für die Arbeiter klingen, die die Forderung des 8-Stundentages gestellt haben. Davon, daß der Minister den Wünschen des Reichstages in der Frage der Arbeiterausschüsse gewissenhaft nachkommen sei, haben die Arbeiter bis heute nichts gemerkt. Im Punkte Erweiterung der Arbeiterrechte hat es eben bei der obersten Spitze der Eisenbahnerverwaltung leider an gutem Willen immer noch gefehlt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. Der Stat wird bewilligt. Es folgt der

Militäretat.

Nachdem Abg. Reibel (Zentr.) über die Kommissionsverhandlungen Bericht erstattet hat, nimmt das Wort Kriegsminister v. Stein: Unsere Truppen kämpfen draußen an der entscheidenden Front unserer Heere mit unvergleichlicher Tapferkeit, Hingabe, Treue und Selbstüberwindung. Wir werden kaum in der Lage sein, von unserem Standpunkt aus die Leistungen aller dabei Beteiligten, vom obersten bis zum geringsten herunter, richtig bewerten zu können. Das wird erst nachherendem Geschickern entschieden sein, die von einem entfernteren, unbefangenen Standpunkt aus an die Dinge herangehen. Unsere Armeen draußen haben den Kampf aufgenommen und führen ihn durch in dem vollen Vertrauen und Bewußtsein, daß hinter ihnen die Heimat steht und das gesamte Volk, unser Volk, welches ebenso in den Kampf verwickelt ist durch die tägliche Not, die der Krieg heraufbeschworen hat und das trotzdem für die kämpfenden Truppen alles geleistet hat, was zur Durchführung des Kampfes unumgänglich notwendig war. Unsere Armeen sind in der vollen Zuversicht, daß das so bleiben wird.

Gegenüber den großartigen Leistungen der Truppen sind naturgemäß manche Wünsche laut geworden, die sich auf die Forderung, auch des einzelnen Mannes, beziehen. Da spielt in erster Linie eine Rolle die Behandlung. Das Kapitel der Mißhandlungen ist ja ein höchst wunder Punkt der lange Jahre die Beteiligten, wie das Volk, beschäftigt hat. Ich bin dankbar, daß meine Vorgänger in demselben Sinne in dieser Beziehung gearbeitet haben, wie ich das Werk beabsichtige, fortzusetzen. Mit Freuden habe ich von vielen Seiten gehört, daß von der Front sehr wenig Klagen über

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

5. Fortsetzung.

Der Pfarrer war durch diesen Beweis nicht überzeugt, allein er mochte nicht weiter streiten. Wir wollen es abwarten, sagte er. Mein innigster Wunsch ist, daß er unserer Mutter keinen Kummer macht.

Seh' ihr nichts in den Kopf, Georg! fiel Onkel Tobias ein. Sprich nichts gegen deinen Bruder und gegen die junge Frau.

Was diese anbelangt, antwortete der Pfarrer, so habe ich nichts gegen sie zu sagen. Es ist meiner Mutter Wunsch gewesen, wie aller Wunsch, daß diese Heirat zustande kommen möge, und ich weiß nicht, warum wir jetzt anderer Meinung sein sollten. Wie ich meiner Mutter gehört habe, ist Anna so dankbar und zutunfähig, wie sie es erwarten durfte. Sie ist wirtschaftlich und verständig, holt sich Rat und Beistand bei ihr und hält musterhafte Ordnung.

Onkel Tobias grinst und nickt, indem er eine ungeheure Ironie nahm und in keiner Freude dem Pfarrer auch eine enbör, die dieser ausschlug. Sie versteht das Hausregiment! Ich er, sah er eine Lust zu sehen, wie sie regiert und poliert, wie der Handwerker und die Staubwischer immer in Bewegung sind, und wie die Kluge Respekt haben und fliegen. Das ist ein Genuß für deine Mutter, darüber vergißt sie, was sie sonst fränken könnte. So eine Schwiegermutter, die keinen Staub leiden kann und in alle Kochkappe sieht, ist ein Labial für ihr Herz.

Die ersten und höchsten Tugenden aller Frauen, Ordnungssinn und wirtschaftliche Sorgfalt, werden doch nicht von dir verspottet werden, sagte der Pfarrer. Ich weiß, was es zu sagen hat, wenn diese Eigenschaften einer Frau mangeln, von welchem das ganze Wohl und der ganze Frieden des Hauses abhängt.

Nicht doch! nicht doch! antwortete Onkel Tobias begütigend, verpötte es ja nicht.

Und eben, weil Anna diese schöne Neigung hat, fuhr der Pfarrer fort, darum glaube ich, daß Eduard ihr dankbar sein muß und zur Erkenntnis kommen wird: überhaupt aber denke ich, daß auf den rechten Weg gelangt mit ihrer Hilfe. Ich sehe sie auch noch jeden Sonntag in der Kirche und hoffe —

Wie Onkel Tobias diesen Punkt berührt sah, eilte er, darüber zurückkommen, denn er fand sich selbst schuldig. Verstehe dich! fiel ein, sobald nur nicht mehr so viel zu tun ist, geht Eduard mit mir, und wir kommen alle.

O, antwortete der Prediger lächelnd, wofür gäbe es nicht Entschuldigungen, aber wird der damit getuschelt, der die Herzen und

die Nieren prüft? Wenn deine Geige mitginge, Onkel Tobias, kämst du sehr gern, nicht wahr?

Es wäre so übel nicht, sagte der alte Mann, beifällig nickend, indem er auf seine Dose schlug. Aber laß jedem seine Musik machen, wie er Lust hat, Georg, und wer sich auf seine Weise erbauet, und wer da denkt, es sei besser, er bleibe zu Haus, den schilt nicht darum, oder halt ihn für schlechter als du selbst bist. Dein Bruder hat das Herz auf der rechten Stelle, aber einen Kirchenstuhl hat er nicht, und er hat's gestern der Frau Bürgermeisterin abgeschlagen, die ihn dazu bewegen wollte, er sollte für sich und seine Frau jetzt zwei besonders Plätze in der Kirche ankaufen, auf den neuen vorkan, und seinen Namen mit goldenen Buchstaben darauf anschriften lassen, wie es jetzt Mode ist.

Das glaube ich wohl, daß er der würdigen Frau eine solche an sich geringe Ausgabe abgeschlagen hat, sagte der Pfarrer, denn er braucht sein Geld ja notwendiger für Komödientheater und andere Komödiantereien.

Damit entfernte er sich, aber Onkel Tobias grinst ihm vergnüglich nach, und als der Pfarrer kaum die Tür hinter sich zugemacht hatte, hörte er, wie die alte Geige da drinnen zu fragen und zu quälen begann. Der alte Mann stampfte dabei mit dem Fuße und lachte aus Herzenslust. Der meint es nimmer gut mit seinem Bruder, sagte er, ohgleich es ein Mann Gottes ist, und ich glaube, es wäre ihm gar nicht besonders schmerzlich, wenn's ihm unglücklich ginge, und er würde sich hinstellen und wie ein Pharisäer rufen: hab' ich's euch nicht gesagt, da habt ihr nun die Gesichte! Aber es soll glücklich geh'n, nur will ich gelegentlich dem Eduard doch einen Wink geben, was die Leute über ihn schwagen. Diese Geierzeit fand sich für den Onkel Tobias, als nach einiger Zeit eine häusliche Bedröcklichkeit über Gedworfältnisse entstand, die mit dem Vermögen der jungen Frau zusammenhängen. Was ihr Vater ihr hinterlassen, war nicht allzu bedeutend, da von der Mutter das meiste herührte, was die Familie besaß; allein die Frau Bürgermeisterin war sehr freigebig mit Versprechungen gewesen, nicht allein sofort das ihrer Tochter gehörige zur Auszahlung zu bringen, sondern auch aus ihren eigenen Mitteln ein Kapital herzugeben, wenn ihr Schwiegermutter es zu seinen Unternehmungen nötig haben würde. Der junge Fabrikant rechnete auf beides, indem er Baupläne zu einem neuen Fabrikhaue anfertigen ließ, den Grund dazu ankaufte, Kontrakte über allerlei Lieferungen abschloß und sehr bedeutende Anläufe von Rohstoffen machte, zu denen ein günstiger Zeitpunkt erschienen war. Dazu wurde die Vermehrung des bisherigen Betriebskapitals notwendig. Doch er hatte keine Sorge darum, denn alles war hinreichend gedeckt, wenn er zu seinem eigenen Vermögen das Vermögen seiner Frau und ein, wie er voraussetzte, leicht zu erreichendes Kapital seiner Schwiegermutter legte. In keinem sah er sich jedoch getuschelt. Anna war noch nicht mündig. Die Zahlung ihres

Geldes fand unerwarteten Widerspruch von seiten der Frau Bürgermeisterin, und endlich sogar von Anna selbst.

Das Geld Ihrer Frau steht ja vollkommen sicher, sagte die Schwiegermutter, und trägt gute Zinsen, warum wollen Sie es da fortnehmen?

Ich will es so anlegen, antwortete er, daß es noch weit bessere Zinsen tragen soll. Ein Kaufmann muß aus seinem Gelde doch mindestens das Doppelte gewinnen, und bei der Ausdehnung meiner Geschäfte kann ich Annas Geld noch vorteilhafter benutzen.

Ein Kaufmann kann bei seinen Spekulationen aber auch leicht sein Geld verlieren, jagte die Frau Bürgermeisterin, und es ist sogar schon recht häufig der Fall gewesen, daß die armen Frauen alles, was sie selbst besaßen, dabei einbüßten.

Das wird hoffentlich hier nicht geschehen, antwortete Eduard, meine Unternehmungen sind keine Börsenspekulationen.

Ich verstehe nichts davon, rief die Frau Bürgermeisterin, aber ich glaube doch, daß ich erst kürzlich versichern hörte, das allerhöchste Unternehmen könne verunglücken. Nein, nein, sagte sie, hüter, und wahrscheinlich fiel ihr bei, was sie früher geäußert hatte, ich habe darüber mit verständigen Männern gesprochen und würde niemals mein Geld einem Kaufmann anvertrauen, möchte er sein, wer er wolle. Lassen Sie Annas Geld aus dem Spiele. Die paar tausend Taler müssen nicht angegriffen werden. Eine Frau muß auch etwas für sich haben, damit sie nicht jeden Groschen, den sie braucht, von dem Mann fordern muß.

Wenn Anna ebenso denkt, so habe ich nichts dagegen, sagte er heimlich entrüstet, doch so gleichgültig wie möglich. Er war überzeugt, daß seine Frau gewiß nicht nein sagen würde, aber zu seinem Erstaunen stimmte sie ihrer Mutter bei. Ich finde die Gründe ganz gerechtfertigt, sagte sie in entschlossenem Tone, und halte es für das Beste, daß mein kleines Kapital für mich gewahrt bleibt.

Sehr richtig, Anna, auf jeden Fall richtig, und dein Mann liebt dich viel zu sehr, um das übel zu nehmen, versicherte die Frau Bürgermeisterin, denn es gehört zu deiner Selbstständigkeit, dein fetter Mann hat niemals über dein Vermögen disponiert, er würde das auch nicht verlangt haben. Das Vermögen der Frau muß immer gesichert bleiben, es sei denn, daß der Mann sich in großer Not befindet. Mein, das ist ja doch nicht bei Ihnen der Fall, wie?

Sie lachte wie über etwas Unmögliches und über einen Sager, während er sich zwang, ebenfalls zu lächeln.

Sie sind doch nicht etwa in üble Laune geraten? rief sie, in ihre Hände schlagend, es ist ja ganz natürlich, daß Anna gern ihr Geld behalten will.

Ich bin in keine üble Laune geraten, fiel er hastig ein, aber lassen Sie uns davon abbrechen. Anna soll ihr Geld behalten, ich werde es niemals anrühren. (Fortsetzung folgt.)

Wahrscheinungen eingekauft sind. Das ist natürlich, da dort die gemeinsame Gefahr, der gemeinsamen Kampf und die Kameradschaft diese Sachen leichter überwinden lassen. Im übrigen sind mehr Klagen eingegangen. Man muß dabei berücksichtigen, daß bei der Ausbildung in der Heimat vielfach Kräfte beschäftigt sind, die von der Front kaum hergestellt zurückkommen und unter Umständen noch angegriffen sind. Dies kann erklären, aber nicht entschuldigen. Ich werde auf jeden Fall rücksichtslos gegen diese Sachen vorgehen und werde vor keiner Person dabei Halt machen. (Bravo!) Ich habe von der Zeit meines Soldatens her immer mit einer gewissen Verachtung diese Dinge gesehen, denn ich halte es für unwürdig, demjenigen, der durch seine Lage ohnehin der schwächere Teil ist, in irgend einer Weise zu vergewaltigen. (Sehr richtig! und Bravo!) In dieser Zeit, wo alle Kräfte zusammenwirken für das Vaterland, ist es selbstverständlich, daß die Mißstände des einzelnen gewahrt werden muß. Die Frage hängt eng zusammen mit der Disziplinarstrafgewalt. Da hat sich ein Urteil erhoben gegen die Art der Durchführung des strengen Urteils durch Anbinden. Es ist keine Frage, daß das eine sehr schwere Strafe ist, die viele Nachteile im Gefolge haben kann. Seine Majestät hat schon vor längerer Zeit den Befehl gegeben, daß die Vollziehung dieser Strafe aufs äußerste eingeschränkt werden soll und daß jeder Vorgesetzte, der ihre Vollziehung anordnet, unter strenge Kontrolle gestellt wird, indem er sofort der vorgelegten Dienststelle Meldung machen muß über den Grund und die näheren Umstände. Ich kann es sehr wohl verstehen, wenn man im Bruchteil der Ueberzeugung von der Richtigkeit dieser Strafe redet. Unter Umständen aber kann sie doch geeignet sein, schwere Folgen zu verhüten. Zwei Verurteilte hatten Strafausmaß erhalten, um draußen im Felde ihr Vergehen gutzumachen. Als sie in die Gefangenzonen kamen, machten sie an einer Brücke Halt und erklärten, sie gehen nicht weiter, sie wollten zu Hause ihre Strafe verbüßen. Es lag die Gefahr nahe, daß die ganze übrige Mannschaft mitgerissen wurde und die schwersten Folgen konnten entstehen, wenn nicht der Vorgesetzte im Augenblick die Geistesgegenwart besaßen hätte zu erklären: Ich bestrafe euch ohne Rücksicht auf die nähere Unterbindung durch drei Tage strengen Arrest, der durch sofortiges Anbinden vollzogen wird. Das konnte ebenlogut eine Rettung für viele sein und konnte den Vorgesetzten vor dem Schlimmsten bewahren, unter Umständen von seiner Waffe Gebrauch machen zu müssen. Trotz alledem stehe ich auf dem Standpunkt, daß man es der Gesamtheit der Armee zutrauen kann, daß diese Strafe fällt. (Sehr richtig!) Ich habe allerdings viele Stimmen gehört, darunter auch solche, die auch Ihnen bei vielen Gelegenheiten wichtig und bedeutungsvoll vorgekommen sind, die die schweren Bedenken hatten, von dieser Strafe Abstand zu nehmen. Trotz alledem habe ich schon nach dem Vorgang des obersten Kriegsherrn, der gezeigt hat, wie er sich zu dieser Strafe stellt, die nötigen Schritte getan, damit auch diese als Schandfleck unserer Armee erscheinen föhrende Strafe verschwindet. (Bravo!)

Was das Beschwerderecht anlangt, so ist unsere Beschwerdeordnung nicht so rücksichtig, seitdem darin aufgenommen ist, daß der Mann, der sich beschweren will, sich sofort an seinen Hauptmann wenden kann. Dadurch werden all die kleineren Zwischeninstanzen vermieden, die am ersten geneigt sind, ihm Steine in den Weg zu werfen. (Sehr richtig!) Der alte gute Hauptmann, den wir vom Frieden her kennen, der jeden Mann von seiner Kompagnie kennt und für jeden sorgte, der beim Marschieren wie ein Säugling keine Kompagnie umtreibt und alles sah, der sich ja selber auf unterm vielen Schlachtfeldern liegen gelassen, oder an Stellen gerührt, wo keine Vorgänger in höhere Chargen ver schwanden sind. An seine Stelle sind jüngere Elemente getreten. Aber der große Zusammenhang der gemeinsamen Gefahr und die Kameradschaft gleichen doch vieles aus, und wir dürfen hoffen, daß die genau unterrichteten Vorgesetzten wieder erscheinen werden. Was bei unserer Beschwerdeordnung nicht leicht am meisten angreifbar ist, könnte der Umstand sein, daß der Mann, der eine ungeschickliche, schäferliche oder in der Form falsche Beschwerde anbringt, strafbar ist. In der Praxis einschneiden die höheren Stellen — wie ich das auch wiederholt getan habe — häufig, daß der Mann nicht zu bestrafen ist. Es ist aber wohl besser, daß dies nicht dem Ermessen des Einzelnen überlassen bleibt, sondern daß darüber auch allgemeine Bestimmungen gegeben werden. Selbstverständlich muß die bewußt unrichtige Beschwerde, die alle möglichen bösen Folgen nach sich ziehen kann, strafbar bleiben.

Wir müssen auch der Behandlung anderer Gefangenen in Feindesland gedenken. Ich habe das letztemal darüber geäußert und ich würde ungerecht sein, wollte ich heute nicht sagen, daß wir bei unseren letzten Verhandlungen bei den französischen Kommandanten ein großes Entgegenkommen gefunden haben. Alle deutschen Gefangenen sollten aus der Gefangenzone bis auf 30 Kilometer hinter der Front zurückgezogen werden, und die französische Regierung hat am 1. Mai zum 1. Mai zur Ausführung der Maßregel, dann sollten auch wir die französischen Gefangenen entsprechend zurückziehen. — gdwiz ein Entgegenkommen, da unsere Maßregel abschlägig gemacht wurde von der Vollendung der französischen Maßregel. Wir haben jetzt nach dem 1. Mai, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß die französische Forderung erfüllt war, die Maßregel durchgeführt und ich hoffe sehr viel schneller als es im Grandetzel geschah ist. Unter der maßvollen Mitwirkung der Schweizer Regierung haben die französischen Kommandanten auch eingewilligt, daß für eine noch weitere Zurückziehung der Gefangenen hinter der Front einmüßigen. Die Zustimmung der französischen Regierung ist noch nicht eingegangen. Die Rücknahme wäre wichtig, denn je näher an der Front, um so größer ist naturgemäß auch die Gefährdung und der Haß der Bevölkerung und um so schmerzlicher die Behandlung der Gefangenen. Leider haben wir auch hier erregt, daß einige unserer Gefangenen an der Front sehr unangenehm behandelt worden sind, um von ihnen alle möglichen Auslagen zu erzielen. Wir haben die französische Regierung nicht in Kenntnis gesetzt, daß wir sofort Gegenmaßnahmen ergreifen werden. (Bravo! richtig!)

Ich habe schon heute ich nicht ein, eine Ausnahme würde ich nur mit der neuen Verfassung für die Hauptstädter machen. Ich habe mir die Hoffnung, daß nach Beendigung dieses Krieges ein großer Willekommenes eintritt. In einer Zeit, wo wir große Kräfte, die über die Welt hinaus bekannt sind, große Herrschaften zu haben. Daran gehen, daß große Herrschaft zu haben, hat die Menschen ein wenig andere Freude nicht groß. (Sehr wahr! richtig!) Wir müssen uns alle vorbereiten, unteren Umständen das zu bewahren. Das ist unser Auftrag. Man hat in über die Beziehungen zwischen den beiden Völkern gesprochen. Ich habe mich mit dem Kaiser nicht beschäftigt. Ich würde ihn nicht bestrafen. Aber gar so ist nicht ganz so wie ich nicht bestrafen, daß das Kaiser und Hindenburg und Schönerherf aus ihren herausgerissen. Ich würde aber nicht, es bestrafen nicht ist, das Regiment ist nicht ganz so, es kommt aus dem Jahre 1870. (Bravo! richtig!)

Ich habe mich auch über den Disziplinarstraf. Durch die ist aber eine große Gefährdung der Arbeiter ergibt. Wenn ein Arbeiter zu bestrafen ist, ist das genau ein fälscher. Bei den Klagen über den Disziplinarstraf muß man oft nach diesen Klagen, die sich bestrafen und nicht bestrafen. Das kann der einfache aber mit einer Verletzung von Bestimmungen, was dann wieder darüber geäußert.

Was mir schon heute ich sagen, mich aber heute eine Ausnahme macht, in meine Lage zu bestrafen. Ich habe den ganzen Tag nachgedacht und nach dem Tag Urlaub gegeben. Meine Lage liegt an Kopf mit dem Feinde und ich habe es nicht verstanden, so zu bestrafen. Nach einer vierwöchigen Strafe würde ich an diese Stelle gehen. Ich war niemals im Kampfe und die Arbeit über wurde für mich ganz unangenehm, denn ich nicht ein Stück von meinem, sondern, bestimmten Menschen umgeben hätte, die Tag und Nacht ihre große Kraft in den Dienst stellen. (Bravo! richtig!) Wenn alle diese Klagen und Äußerungen in dem nächsten Tempo erledigt werden können, wie die Klagen es nicht, so bitte ich das zu bestrafen, sondern zu einer Zeit, wo ich nicht mehr bestrafen können ist alle Gefährdung nicht mehr auf die Kameraden an der Front, und mich beschuldigt habe, dafür zu sorgen.

das ihnen alles zugeführt wird, was ihnen Mittel und Gelegenheit gibt, den Kampf durchzuführen, damit wir das erreichen, was wir alle wünschen: den ehrenvollen Frieden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Den Leuten draußen soll man nicht mit Worten danken, sondern mit Taten. Der Kriegsminister hat recht, daß der bürokratische Weg sehr langsam ist, aber so besonders sicher ist er darum doch nicht. Die Worte des Kriegsministers in allen Ehren, aber die Vorsicht höre ich wohl — ich will nicht sagen, mir fehlt der Glaube, aber er ist nicht sehr stark. In der Kommission ist der Kriegsminister auf unsere Klagen so gut wie garnicht eingegangen, er lag auf seinem Stuhl wie ein steinerne Gaiß. Die Kommissionsberatung soll doch Aufklärung über Dinge schaffen, über die man im Plenum nicht gerne spricht und sie soll uns auch informieren. Aber das haben wir beim Kriegsminister vermisst. Was er über die militärische Situation gesagt hat, wußten wir bereits. Wir müssen beantragen, doch mindestens soweit informiert zu werden, wie zehlfache neutrale Journalisten. Die tatsächlichen Beleidigungen im Felde sind zweifellos geringer geworden, dafür sind aber die wörtlichen Beleidigungen außerordentlich gewachsen. Dagegen könnte Abhilfe geschaffen werden, wenn mit der Energie vorgegangen wäre, die wir verlangt haben. Eine Hauptfrage der Leute ist, daß sofort, wenn sie von der Front in Ruhestellung gehen, der schlimmste Drill einsetzt, Hunderte von Klagen laufen ein über die Art, wie draußen gebüßt wird. Leute, die seit zwanzig bis dreißig Monaten im Felde stehen, die in den Karpathen, in Rumänien, in Galizien, in Kurdistan, Belgien, Frankreich gekämpft haben, werden in schlimmster Weise geprügelt, sobald sie in Ruhestellung kommen. Das muß eine böse Stimmung erregen. (Lebhafte sehr richtig!) Diesem unmäßigen Drill kann und muß die Militärverwaltung ein Ende machen. Dazu kommt zum Teil noch die Behandlung. Ich muß einiges überwinden, um in der Minute, wo in Frankreich die juristischsten Kämpfe stattfinden und die deutschen Truppen Uebermenschliches leisten, hier im Reichstag auszuführen, wie die Leute zum Teil behandelt werden. Das hätte verhindert werden können. Der Kommandeur, der ernstlich Beschimpfungen und Mißhandlungen wegräumen will, räumt sie auch weg. Wenn z. B. ein Kompanieführer vor seinen Rekruten, von denen der jüngste ein 19jähriger Landsturmmann ist, anführt: Wenn ich mich ärgere, sage ich: Ihr Schere, Ihr Hundsdöter, Ihr Idioten, aber das ist alles nicht persönlich, das ist nur lauthal, (Lachen h. d. Soz.) so kann man sich denken, wie es wirkt, wenn dieser Herr persönlich wird. Die schlechte Behandlung der Mannschaften im Zug nimmt zu, je weiter man nach dem Osten kommt. Die vielen Umweiden entgegenzutreten, ist des Kriegsministers militärische Verpflichtung. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Kriegsminister sprach von dem guten alten Hauptmann, der wie ein Schäferhund seine Truppen umkreist und für seine Herde sorgt. Um im Bild zu bleiben, muß man sagen: dieser gute alte Schäferhund, der um die Kompagnie herumjagt, heißt fortgesetzt die Leute, anstatt sie zu bewachen. (Lachen.) Herr Kriegsminister: Man an den Schäferhund, legen Sie ihn an die Kette! Besondere Beschwerden liegen in der Urlaubsfrage vor. Es ist versprochen worden, daß mindestens jährlich einmal Urlaub gewährt werden soll. Trotzdem haben wir noch heute die traurigsten Fälle, daß Leute 18 Monate, zwei Jahre draußen gewesen und noch keinen Urlaub bekommen haben. (Hört, hört!) Dagegen haben andere vielfach Urlaub erhalten. Die Günstlingswirtschaft leidet eben leider auch jetzt draußen im Felde seine Drangsal. Der Kriegsminister hat gesagt, er habe auch noch keinen Urlaub erhalten. Das bedauere ich. Aber ein kleiner Unterschied ist es doch, ob ein kommandierender General die ganze Zeit draußen ist, oder ein Mann, der ständig in Schützengraben ist. Der Kommandeur auf Erziehung der Mannschaften ist empfehle ich dringend zuzustimmen. Durch die Dauer des Krieges wird diese Frage immer wichtiger. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich bitte den Reichstagspräsidenten hier nicht länger die Quelle des Widerstandes zu sein. Es wäre wichtig, die Gewährung eines zweiten Fußgeldes an Leute die zwei Jahre im Felde stehen. Viele Leute draußen haben überhaupt noch kein Fußgeld erhalten. (Hört, hört!) Sehr lebhaft wird gefordert über die Verpflegung. An der Front ist sie allerdings heute geworben, insbesondere dort, wo schwer gekämpft wird. Aber schwere Klagen kommen aus der Etappe, vor allem aus der Heimat. Gewiß müssen wir verständig hauswirtschaftlich wirtschaften, um durchhalten zu können. Aber was die Soldaten bekommen, sollte wenigstens möglichst gut zubereitet sein. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Außerdem darf der Unterschied zwischen der Verpflegung der Offiziere und den Mannschaften nicht so groß sein. Die Offiziere, die im allgemeinen noch sehr gut leben, hätten die Pflicht, auch für ihre Soldaten zu sorgen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Gdwiz wird gefordert über das Kontingentwesen. Ich gebe zu, daß es schwer ist, die befriedigenden Reformen durchzuführen. Zum mindesten sollten die Kontingentüberhülle den Soldaten wieder zugute kommen. Ein Urlaubsausschuss hat schon im vorigen Jahre 100000 Mk. Kriegsanleihe zeichnen können. (Hört, hört!) Das beweist, welche Lieberkühle erzielt werden! Die Unternehmungsbewandlung ist Sache des Reiches, dazu dürfen nicht noch Fonds aus den Ersparnissen der Soldaten aufgeschleppt werden. Die Preise in den Kantinen sind meist viel zu hoch. Es kommt auch vor, daß die Offiziere durch ihre Ausgaben die Waren in den Kantinen in großen Mengen aufkaufen und nach Hause schicken, und zwar als Dienstgepäck. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das muß auf die Soldaten, die dann nicht mehr bekommen können, außerordentlich verhängnisvoll wirken. (Sehr wahr!) Auch bei den Offiziersburgen herrscht große Günstlingswirtschaft. Sie bekommen alle außerordentliche Urlaub im Gegensatz zu den anderen Soldaten. Bislang laufen die hohen Offiziere in der Etappe Lebensmittel und Vieh ausschließlich für ihre persönlichen Zwecke auf. (Hört, hört! h. d. Soz.) Ein großer Antrag ist es, daß höhere Offiziere drei, vier Entzügen halten. Da kommen ganze Armeekorps heraus! Heute, wo fast der letzte Mann eingegangen wird, müssen solche Mißstände verschwinden. Ich bringe diese Beschwerden nicht etwa auf Grund vereinzelter Soldatenbriefe, sondern als Niederdrück der Stimmen von Hunderten und Tausenden von Soldatenbriefen, in denen sich immer dieselben Klagen finden. Da kann man nicht einfach alles auf die nervöse Stimmung, die draußen herrscht, zurückführen, wie das in der Kommission geschieht. Eine weitere Reform verlangt, daß auch Soldaten Offiziere werden können. Solche Forderungen sind die Forderung berechtigt, aber ob die Annahme der Resolution mit Erfolg haben wird, bezweifle ich. Möge doch in deutschen Heere Offiziersbesatz, die dort bereits zugeworfen werden, wieder als Gewerbe erlangen. (Hört, hört!) (Bravo!) Die wieder Verwendung haben und eine höhere Charge bekommen, müssen selbstverständlich die Vorteile der höheren Charge erhalten. Ferner bitte ich Sie, aber was aus gewissen Resolutionen zustimmen, wenn der Reichstagspräsident befehlen kann, daß die von verschiedenen Reichstagsmitgliedern Generalstabes erlassenen Bestimmungen über Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Gärtnerei, die mit den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes in Widerspruch stehen, aufgehoben werden. Das schädliche Kriegsminister hat in einem Falle etwa 11,600 Mk. in der Woche für Arbeiterinnen für gezeugt erklärt! (Hört, hört!) Was das Kapital Postamt im Heere betrifft, so ist es wertvoller Sache vorgekommen, daß man der Bekleidung der Sozialdemokratischen Soldaten, Schwermetalle gemacht hat. Ich hoffe, es wird diese öffentliche Kritik genügen, damit solche Dinge nicht mehr wiederkehren. Der Arbeiterbewegungsbewegung arbeitet nicht nur langsam, sondern auch sehr teuer. Die Arbeiter viel Schritte gehen und an anderer Stelle besser verwendet werden. Die Verhältnisse haben sich ständig verschlechtert, es ist jetzt fast unmöglich, einen bestimmten Mann heranzuziehen. Der Transport, dessen Beförderung vorgefallen ist, sollte wieder hinzugefügt werden. — Zu befragen ist die Frage, daß das Anbinden bestrafen werden soll. Hoffentlich wird diese Frage auch schnell bei allen Kommissarien durchgeführt. Leider ist der preussische Kriegsminister in vielen Fällen garnicht zugegen, das durchzuführen, was er will. Die Stellung des bayerischen Kriegsministers ist in diesem Verhältnis in neuer Beziehung viel günstiger. In der Kriegsmarine ist der Stellung des Reichstagspräsidenten, so wird

er stets Schwierigkeiten begegnen gegenüber widerstrebenden kommandierenden Generalen. Zum Schluß ein Wort an General Gröner. Ein Erlaß an die Munitionsarbeiter hat einiges Aufsehen erregt. Wer wagt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg befehligt? Das ist es da. Ich nehme keinen Anstand, die Strafe gerade in dieser ernstesten Situation zu verurteilen. Aber wenn die Strafe konntet werden, um zu hegen gegen die Organisation zu weichen wie das Treiben dieser reaktionären Kreise auf das Entscheidende zurück. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Aufruf des General Gröner war umso auffälliger, als derselbe Herr in der Kommission sich sehr ruhig und für einen General sehr verständlich über den Streik aussprach. Was glaubte General Gröner mit diesem Erlaß zu erreichen? Ich bitte ihn in Zukunft, solche temperamentsvollen Erlasse nicht mehr herauszugeben. Es gibt geschicktere und geschicktere Schwabensprüche. Der Hauptgrund des Streiks war doch die Kürzung der Protraktion. Kann man es den Arbeitern verübeln, wenn ihnen bei den Ernährungsschwierigkeiten mal der Geduldsfaden riß? Sie müssen ja ausbaden, was die Regierung 2 1/2 Jahre gesündigt hatte, trotzdem sie von den Vertretern der Arbeiter gleich bei Beginn des Krieges auf die notwendigen Maßnahmen hingewiesen war. Das wissen die Arbeiter und sie wissen auch, daß in Süddeutschland besser für die Ernährung gesorgt ist. Und dazu kam die Friedenssehnsucht. Angefichts dieser Umstände war es am wenigsten angebracht, die Arbeiter anzuhängen wie ein Feldweibel seine Untergebenen. Auch das Hineinziehen des Generalstabes in die Hindenburg macht die Sache nicht besser. Auf ihm lastet eine militärische Verantwortlichkeit und es ist eine Unflut seine Person in alle möglichen Dinge hineinzuziehen. Ich hoffe, daß es nicht weiter geschieht. Bei solchen Vorgehen könnten wir doch zu schweren inneren Situationen kommen. Die Arbeiterkraft ist sich ihrer Aufgabe in dieser Zeit bewußt. Nach ist der Kampf nicht zu Ende. Umso notwendiger ist es, daß die Hecke in der Presse der Rechten gegen die Arbeiter unterbleibt. Es gibt einen Moment, wo der Geduldsfaden reißt! Wir wollen aber hoffen, daß er bei den Arbeitern nicht reißt. Mögen die Herren von der Rechten das Ihrige dazu tun. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Generalleutnant Gröner: Ich habe mich gefreut, daß Herr Schöpflin über den Streik Wort: gefunden hat, die mit meinen Anschauungen übereinstimmen. Er hat selbst gelegentlich betont, daß es Dinge gibt, die man deutlich bezeichnen muß. So hielt ich es auch nach dem 18. April — das war der Tag, von dem an die Gemütskurve aufhörte und anshören mußte — für notwendig, einmal ein ganz deutliches und kräftiges Wort unserer deutschen Arbeiter zu sagen, weil ich das Vertrauen habe, daß in der Masse der Arbeiter doch noch das Gefühl für ein deutliches und offenes Wort vorhanden ist. Ich glaube, ich habe mich da nicht getäuscht. Nicht nur den Arbeitern, sondern dem ganzen Volke mußte einmal klar und deutlich gesagt werden, welsch ein ungeheuerliches Verbrechen Streiks in der gegenwärtigen Lage sind. Mit diesem Aufruf spreche ich aus der Seele des ganzen Heeres. Ich bin mit dem Aufruf hervorgetreten aus dem Gefühl der schweren Verantwortung für die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition heraus, und jeder Mann in den Granattrichtern und den Maschinengewehrnestern weiß mir Dank dafür. Daß den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen werden muß, habe ich in der Kommission mit derselben Deutlichkeit erklärt. Das deutsche Volk war an einem verhängnisvollen Scheidewege angelangt und der eine Weg führte zur Niederlage. Ich verkenne nicht, daß die Organisationen der Arbeiter sich alle edelkliche Mühe gegeben haben, um sie einzuwirken. Daß sie eine andere Sprache reden, ist selbstverständlich, aber sie müssen mir erlauben, meine Sprache zu reden. (Zurufe bei den Soz.) Ein deutsches Wort hat bisher noch jeder vernünftige Deutsche ertragen können. (Zurufe: Das waren Beschimpfungen!) Einmütig muß jetzt die Ueberzeugung herrschen, es muß Ruhe sein in der Arbeiterkraft, und unter der Arbeiterkraft verstehe ich das ganze Volk. Es muß einer für alle und alle für einen stehen. Mein Aufruf ist keine Schimpferei, sondern der deutliche Ausdruck dessen, was ich fühle. (Zurufe bei den Soz. Ard. — Bravo! rechts.)

Kriegsminister v. Stein: In der Frage des Anbindens erwidere ich dem Abg. Schöpflin lediglich, daß ich noch nie leere Worte gemacht habe; er möge mein Handeln abwarten.

Das Haus verbat sich.

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß verschiedene Interpellationen eingegangen sind. 1. eine sozialdemokratische Interpellation, was der Reichstagsrat zu tun geneht, um dem Zustand ein Ende zu bereiten, daß durch den Militärbefehlshaber in Elsaß-Lothringen andauernd gegen die elsass-lothringische Verfassung, gegen das Schutzhafgesetz und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird. 2. eine Interpellation Haus (Elf.), die außerdem darauf hinweist, daß durch die Militärbehörden in Elsaß-Lothringen der Zusammenritt des Landtages, der alljährlich den Etat festzustellen hat, verboten worden ist.

Diese Interpellationen werden auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung (Beginn 12 Uhr) gesetzt und außerdem die Fortsetzung der Beratung des Militärretats.

Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Zwar nicht Sozialdemokrat, aber ..

Wer uns schreibt der „Vorwärts“, liegt eins der Formulare, wie sie die Berliner Polizeireviere zur Ausstellung von Führungszeugnissen für militärischen Zwecken, bei Eintritt in den Postdienst, Einkauf in gewisse Anstalten, Erlernung des Hebanmenberufes usw. benutzen. Das Formular enthält auf der rechten Seite, die vom Polizeipräsidium, Abteilung 5, auszufüllen ist, folgenden Verbrud:

Zur gefl. Kenntnisnahme von vorliegenden Ermittlungen mit dem Hinzufügen erg. überstand, daß sich soviel bekannt, an der sozialdemokratischen Bewegung nicht beteiligt hat und über seine (ihre) Führung Nachteiliges nicht bekannt gemorden ist, aber wie folgt bestrast ist:

Diese Formulare sind alte Bekannte: „In der sozialdemokratischen Bewegung nicht beteiligt“ — „aber bestrast“. Das kann so aufgefaßt werden, als ob die Zuger Fortfakt zu unserer Partei noch schlimmer sei als eine bestrastung. Im Gegensatz zu den beiden ersten Seiten des Formulars sind die Seiten 3 und 4 nicht ausgefüllt. Warum trennt man die letzteren, wenn sie nicht mehr benutzt werden, nicht ab? Oder gibt es doch noch Fälle, in denen eine Ausfüllung ratsam ist? Das Aktienstück kommt nicht etwa aus der „alten alten Zeit“, sondern ist aus dem Monat März 1917 datiert!

Aus der Partei.

Verurteilung. Das außerordentliche Kriegsgericht in Königsberg verurteilte, wie wir dem Solinger Parteiblatt entnehmen, den praktischen Arzt Genossen Gottschalk und den Genossen Werten wegen Verbreitung von Flugblättern zu einem Monat Gefängnis. Beide Genossen (die sich zu den unabhängigen rechnen) mußten die Strafe sofort antreten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gesetzgebungsgefordert, welcher die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht durch den Staatsgerichtshof regelt. Die Sozialdemokraten stellen außerdem die gestern schon mitgeteilten Anträge. Die Aussprache drehte sich zunächst darum, ob der Ausschuss zuständig ist, diese Anträge zu verhandeln, oder ob er nur die vom Plenum ihm übergebenen Anträge zu behandeln habe. Der Ausschuss erklärte sich für zuständig und trat in die Beratung der Anträge ein. Zunächst wurde über die Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers verhandelt.

Eine später eingegangene Meldung besagt: In dem dem Verfassungsausschuss des Reichstages vorliegenden Antrag wird unter anderem noch die Neueinführung des Artikels 26a der Reichsverfassung verlangt, welcher lautet: Während der Dauer des Krieges gilt der Reichstag als ununterbrochen versammelt. Der sozialdemokratische Antrag betreffend Wahlfreiheit verlangt, der Reichstag solle aus allgemeinen, gleichen und direkten, nach dem Verhältnis-Maßstabem vorzunehmenden Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen, woran alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterscheidung des Geschlechts teilnehmen. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die in jedem Bundesstaat und Elbschloßungen zu wählende Volksvertretung. In der Aussprache über die Behandlung des Antrages sprachen sich zwei konservative Redner dahin aus, daß der Ausschuss nur diejenigen Materialien beraten dürfe, die vom Plenum überwiesen seien. Der Redner des Zentrums äußerte sich dahin, daß die im Antrag auf Veränderung der Reichsverfassung enthaltenen Materialien ausdrücklich dem Ausschuss überwiesen seien. Den gleichen Standpunkt, ja noch weitergehend, vertrat ein Fortschrittler. Der nationalliberale Redner ersuchte, den Rahmen der Zuständigkeit nicht zu eng zu ziehen. Der sozialdemokratische Redner sprach sich für die Beratung des Antrages aus. Der Ausschuss beschloß, den ersten Antrag in Verbindung mit dem seinerzeit eingebrachten Antrag Bernstein, Einholung der Zustimmung des Reichstages bei der Einleitung und dem Abschluß der Bündnisse bei Kriegserklärung und Friedensverträgen sicherzustellen, und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung zu präzisieren, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es wollte, zu beraten.

Abgelehnt wurde der vorerwähnte, im Reichstag bereits eingebrachte Antrag Bernstein; abgelehnt wurde ferner ein Zufuhrantrag der Konservativen, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auch gegenüber dem Kaiser und dem Bundesrat festzusetzen.

Angenommen wurde gegen die vier Stimmen der Konservativen der gemeinschaftliche Antrag des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittler, den Artikel 17 Satz 2 der Reichsverfassung wie folgt zu ändern: „Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zur Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seines Stellvertreters, welche dadurch die Verantwortung gegenüber dem Reichstag übernehmen.“

Überdem nahm der Verfassungsausschuss eine Entschliebung derselben Antragsteller an, wonach ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, durch den die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht und deren Feststellung durch einen Staatsgerichtshof geregelt wird.

Bei der Wichtigkeit der Tätigkeit des Verfassungsausschusses werden wir einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen. Der ausführliche Bericht über die erste Sitzung folgt am Montag.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 5. Mai.

Zu der Frühe. Sie haben alle den gleichen Weg. Winters und Sommers. Aus den Vorstädten ziehen sie im grauen Zwielicht der Straße nach ihrer Arbeitsstätte. Zu Friedenszeiten sind es immer die gleichen Gestalten und Geichter: Frauen und Männer aller Altersklassen und bestimmter Gesellschaftsklassen. Jetzt im Kriege aber hat sich in diesem Frühbilde gar manches verändert. Die Frauen überwiegen bei weitem die Männer. Aus den Männern fehlen die kräftigen Gestalten. Nur die Krabbenhaften und die schon gebeugt einherziehenden Graubärte sind geblieben. Und stiller und ernster ist dieser täglich neu quellende Strom geworden. Man merkt es, ohne groß zu fragen: Jeder hat mit sich zu tun! Der Krieg hat nicht umsonst nahezu drei Jahre seine furchtbare Geißel geschwungen.

Und noch etwas sieht man, das sich von Monat zu Monat deutlicher bemerkbar macht. Wie hager sind die Gestalten geworden! Wie edig muten alle Bewegungen an! Der Gang hat etwas Schleppendes und Schleppendes bekommen! Die Hälse haben sich geradigt und die Schenkel und Adern straff herausgetreten lassen. Spitz stehen die Nasen in den Gesichtern. Um die Augen liegen große, dunkle Ringe und die Backenknochen, die sich weit hervorstülpen, sind von gelbrügeliger Haut überspannt.

So ziehen sie im Morgengrauen durch die dämmernden Straßen. — Tag um Tag, Morgen um Morgen ziehen sie dahin den Weg harter und ernster Pflicht. Alles Lachen ist aus ihren Gesichtern geschwunden. Einzelne und schweigend ziehen sie meist dahin. Jeder hat mit sich zu tun, jeder trägt ein Körnlein von dem großen, allgemeinen Leid. . . .

Die Neuregelung der Entlohnung im Baugewerbe. Unter Leitung von Gezellen Dr. Casper ist im Reichsamt des Innern zwischen dem Bundesvorstand und dem Arbeitnehmergeverbeinde folgender Tarif zustande gekommen:

1. In allen Tariforten des Deutschen Reiches, in denen nach der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916 eine (erste) Kriegszulage zu den Tariflöhnen zu zahlen war, wird sämtlichen in den Tarifverträgen der einzelnen Tarifgebiete angeführten Arbeiterkategorien bei Zeit- und Akkordarbeit vom 27. April 1917 bis zum 31. März 1918 eine neue (zweite) Kriegszulage gezahlt, die für die Arbeitsstunde 15 Pfg. beträgt.

2. Soweit in einzelnen Tariforten oder auf einzelnen Arbeitsstellen bereits zu der in der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916 festgesetzten ersten Kriegszulage eine weitere Zulage gezahlt wird, kommt diese vom 27. April auf die unter § 1 vereinbarte neue (zweite) Kriegszulage in Anrechnung; ist eine derartige Zulage höher als die neue (zweite) Kriegszulage, so wird sie auch vom 27. April 1917 ab unverändert weiter gezahlt.

3. Auf Arbeitsstellen, die am 31. März 1916 noch tariffrei waren und für die während des Krieges besondere Platzverträge oder Lohnvereinbarungen abgeschlossen sind, wird die neue (zweite) Kriegszulage nur soweit gezahlt, als die bisherige Entlohnung hinter dem Tariflohn des nächstliegenden Tarifgebietes unter Hinzurechnung der ersten Kriegszulage und der zweiten Kriegszulage zurückbleibt. Zur Entlohnung in diesem Sinne rechnen auch die etwa gewährte Auslösung, soweit sie zwei Mark für den Kalendertag übersteigt. Wo nach solchen Platzverträgen mehr gezahlt wird als diese Summe, bleibt die Mehrzahlung bis zum 31. März 1918 bzw. bis zu dem etwa vorher erfolgten Ablauf des Platzvertrages oder der Lohnvereinbarung in Geltung.

4. Die Arbeitgeber haben die neue (zweite) Kriegszulage bzw. die nach den §§ 2 und 3 zu zahlenden Tarifverträge mit Rückwirkung vom 27. April 1917 ab spätestens am Schluß des Monats zu zahlen, die nach der Bekanntgabe der Erklärung des Herrn Reichskanzlers an den Arbeitgeberverband beginnt, wodurch die Rückzahlung an die Arbeitgeber in einer dem Arbeitgeberverband befriedigenden Weise geregelt wird.

5. Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Bezirks- und Lokalorganisationen, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 5. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach dem blutigen Zusammenbruch der englischen Angriffe an der Aisne-Front kam es gestern nur bei Bullecourt zu größeren Infanteriekämpfen. Beiderseits des Dorfes angreifende Dichte englische Massen wurden verlustreich abgewiesen. Schwächere Vorstöße bei Lens und Vesnoy schlugen fehl. Die Zahl der Gefangenen erhöhte sich auf 10 Offiziere und 1225 Engländer. Mindestens 35 Maschinengewehre sind erbeutet.

In der siegreichen Abwehr der vier englischen Durchbruchversuche haben besonders hervorragenden Anteil Garbetruppen, Bayern, Württemberg, Sachsen und Badener, sowie Regimenter der Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Hannover und Rheinland.

Nördlich von St. Quentin hatten Vorfeldkämpfe für uns günstigen Ausgang.

Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front hält die Artillerie die feindliche Erkundungsvorstöße wurden an mehreren Stellen aufgerieben.

Am den Befehl des Winterberges (westlich Craonne) haben sich Kämpfe entwickelt, die noch nicht abgeschlossen sind.

Zwischen Aisne und Brimont brachen gestern morgen durch tagelang gesteigertes Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe von vier französischen Divisionen zusammen.

Wie aus erbeuteten Papieren hervorgeht, lag das Ziel mehrere Kilometer hinter der vorderen Linie.

Dank dem zähen Aushalten unserer Truppen ist es dem Feinde nur an einer vorzpringenden Ecke gelungen, sich im ersten Graben festzusetzen.

Westlich von La Neuville wurden vorübergehend eingebrungene Franzosen unter Verlust von 500 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren wieder zurückgeworfen.

Südlich der Aisne in den Abendstunden erneuerte Angriffe konnten an der Niederlage nichts ändern.

Nördlich von Prosnes mißglückten erneute französische Versuche, sich mit mehreren Divisionen in den Besitz der dortigen Höhenstellungen zu setzen.

Mit schwersten Verlusten erlitten die Franzosen vorübergehend südöstlich von Naucourt geringen Geländegewinn. Gegenangriffe brachten unsere Infanterie wieder in den Besitz dieser bisherigen Linien. Ueber 100 Gefangene wurden zurückgeführt.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Außer beiderseitiger Grundtätigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Feind verlor gestern 7 Flugzeuge und einen Fesselballon. Durch Fliegerangriffe auf Stände wurde eine große Anzahl Belgier getötet und verwundet. Militärischer Schaden ist nicht angedeutet.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhaftes russisches Feuer zwischen Komel und Stanislaw veranlaßte entsprechendes Vergeltungsschießen.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen, westlich des Doiran-Sees und an der Strumariederung lebte die Artillerietätigkeit zu einzelnen Tagesstunden auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusehen. Sie erklären, daß sie die Bestrebungen, die auf Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Kriegszulagen während der Dauer dieses Vertrages abzielen, nicht anregen oder unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzutreten werden.

Der Zweigverein Lübeck des Deutschen Bauarbeiterverbandes ersucht nun die Kollegen, am heutigen Sonnabend vorstehenden Lohn zu fordern, also für Gesellen 97 Pfg., für Bauarbeiter 85 Pfennig pro Stunde und, wo es nicht ansbezahlt wird, dem Zweigvereinsvorstand dieses mitzuteilen.

Zur Beachtung für alle meldepflichtigen Hilfsdienstpflichtigen. Von der Hilfsdienststelle wird uns geschrieben: Wie wichtig der vaterländische Hilfsdienst für das Wirtschaftsleben des ganzen deutschen Volkes ist, darauf ist schon oft hier und an anderer Stelle hingewiesen worden. Um jedoch das zu bezwecken, was durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst erreicht werden soll, nämlich die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches aus Höchste zu stärken, ist es erforderlich, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst straff durchgeführt wird, daß jeder einzelne Hilfsdienstpflichtige die ihm durch das Gesetz anverlangten Verpflichtungen getreu erfüllt und die von dem Gesetz vorgeschriebenen Anmeldeungen ausführt. Tut er das nicht, so schädigt er nicht nur das Vaterland, sondern setzt sich auch selbst schwerer Bestrafung mit Geld- oder Freiheitsstrafe aus. Die Anmeldung sämtlicher in der Zeit nach dem 30. Juni 1887 und vor dem 1. Januar 1890 geborenen Hilfsdienstpflichtigen ist durchgeführt. Wie selbstverständlich wechselt ein Gemeldeter im Laufe der Zeit seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung oder gibt seine bisherige Tätigkeit auf. Um nun jederzeit zu wissen, wo ein gemeldeter Hilfsdienstpflichtiger zurzeit tätig ist, oder wohnt, ist bestimmt, daß ein Gemeldeter, der seine bisherige Tätigkeit aufgibt, oder seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung wechselt, dies spätestens am 3. darauf folgenden Werktag dem Einberufungsausschuß seines bisherigen Wohnortes mitzuteilen und hierbei seine Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben hat. Eine Reihe von an sich Hilfsdienstpflichtigen sind von der Meldepflicht befreit, weil ihre bisherige Tätigkeit ohne weiteres als vaterländischer Hilfsdienst erkennbar war. Gibt ein von der Meldepflicht Befreiter seine bisherige Tätigkeit auf, oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am dritten darauf folgenden Werktag bei der Meldestelle seines Wohnortes persönlich oder schriftlich durch Meldekarte zu melden. Bei einem Wechsel des Wohnortes hat die Meldung bei der Meldestelle des neuen Wohnortes zu erfolgen. Sein bisheriger Arbeitgeber hat das Aufgeben der von der Meldepflicht befreitenden Beschäftigung oder den Wechsel der Beschäftigungsstelle spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem für den Wohnort des Hilfsdienstpflichtigen zuständigen Einberufungsausschuß anzuzeigen. Diese einzelnen Meldebestimmungen sind noch nicht genügend beachtet worden. Ihre Beachtung ist jedoch dringend erforderlich, da das schuldhafteste Unterlassen dieser Mitteilungen strafbar macht.

Die Ausgabe von Zusatzbrockarten für die arbeitende Bevölkerung betreffend zwei Bekanntmachungen des Polizeiamtes in der heutigen Ausgabe unseres Blattes, auf die wir hierdurch besonders aufmerksam machen.

Mustergeräten der Kriegshilfe befinden sich an der Schönhöfener Straße und an der Markt-Kajerne. Die Abteilung der Kriegshilfe für Gemüsehäuser im Anzeigenteil Interessenten zur Besichtigung dieser Mustergeräten ein, damit sie Anleitung für die zweckmäßige Bewirtschaftung von Kleingärten erhalten können.

Im Stadttheater, dessen Spielzeit ja bereits seit Sonntag geschlossen ist, gelangte gestern abend zum Besten der tapferen Bootkämpfer der Schwant „Die schwebende Jungfrau“ von Bach und Arnold erstmalig zur Aufführung. Ueber der „schwebenden Jungfrau“ selbst, von der man nur etwas hört aber nichts sieht, bringt das neue Stück nur alte bekannte Schwantfiguren und sogar die dazu gehörigen längst bewährten komischen Situationen. Trotz der geringen geistigen Ankoften, welche die Verfasser des Schwantes aufgewendet haben, unterhielt sich das Publikum recht gut. Dazu trug allerdings wesentlich Herr Schweißgut bei, der mit wirkungsvoller Komik und gutem Humor einen auf seinen Seitenprüngen ertappten alten Sünder von Chemann und Schwertgeräter verführte. James war ferner der Kriminalkommissar a. D. und Detektiv des Herrn Wegner. Das obligate junge Ehepaar, das sich entzweit und wieder versöhnt, gaben Fr. Erl. und Herr Steinhöfer in lebenswüthiger Weise. Die übrigen Mitwirkenden bemühten sich gleichfalls nach Kräften um ihre Rollen. So blieb denn der Erfolg nicht aus. Vorher sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Wenda einen Prolog und zwischen durch spielte die Kapelle des Erjag-Bataillons des Reg. Inf. Reg. Nr. 84 unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Boedewig. Der Besuch hätte besser sein können.

Sonntagsabendjahrgang. Die hiesigen optischen Geschäfte von J. C. Dettmann, Johs. Goldbaum Hugo Meier, E. Neumann, Carl Bolger geben im Anzeigenteil bekannt, daß dieselben während der Sommermonate von Sonntag, 6. Mai, bis einschließend Sonntag, 30. September, an allen Sonn- und Feiertagen geschlossen bleiben. Im Interesse ihrer Angestellten liegt es, daß sich weitere Geschäfte diesem Vorhaben baldmöglichst anschließen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat April in 104 Fällen gemeldet. Davon betrafen 57 Fälle (7 tödlich verlaufen) Diphtherie, 35 (1 tödlich) Masern, 8 Scharlach, 2 (beide tödlich) Wochenbettfieber, 1 Typhus, 1 Pocken.

Was gefunden wurde. Im Monat April ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleistet bzw. angezeigt und nicht wieder abgefordert worden: Mehrere Portemonnaies mit kleineren Geldbeträgen sowie Handtaschen mit und ohne Inhalt, einige alte Kassenhefte und 1 Scheel, 1 goldenes Armband, 1 Armbanduhr, 1 Medaillon, 1 Brosche, 2 silberne Nadeln, 1 Kneifer, 2 Pelztragen, 1 Muff, 1 Paar Damen-Schuhchen, mehrere Taschentücher, 1 Hand-Sitterei, Fußboden, 1 Schirm, 1 Haarleiste, 1 Dose mit Bouillonwürfeln, 1 Taschmesser, 1 Kiste mit Eisenfeilen, 1 Feuerzeug, 1 Schäferhund und 1 Bund Schlüssel.

Kaninchen-Ausstellung. Der Verband Lübecker Kaninchenzüchter veranstaltet in der Hansahalle am 13. Mai ds. Js. wieder eine große Kaninchen-Ausstellung, welcher der Gedanke zugrunde gelegt ist, die Kaninchenzucht im volkswirtschaftlichen Sinne zu fördern und zu heben. Alle Freunde und Liebhaber der Kaninchen werden zum Besuch eingeladen. Es wird ihnen die Gelegenheit geboten, ihren Bedarf an guten Zuchtieren nach jeder Richtung hin zu decken, was im vorigen Jahre nicht der Fall war; denn die Nachfrage war so groß, daß nicht alle Käufer zufrieden gestellt werden konnten. Der Verband Lübecker Kaninchenzüchter hat auf dem Gebiete der Kaninchenzucht vorzügliches geleistet und ist in der günstigen Lage, erstklassige Zuchtieren in großer Zahl auszustellen, wenn auch die Futterfrage im vorigen und diesem Jahre ganz besonders schwierig war und ist. In mehr als 30 Jahren ist es den Kaninchenzüchtern gelungen, aus dem kleinen Stallhahnen Riesen herauszuzüchten mit einem Gewicht bis zu 18 Pfund und einer Körperlänge bis zu 75 Zentimeter. Wilder-Kaninchen mit einer Ohrenspannweite bis zu 68 x 16 Zentimeter. Die hier genannten Exemplare sind auf der Kaninchen-Ausstellung in der Hansahalle am 13. Mai zur Schau gestellt. Ferner blaue und weiße Wiener, weiße Riesen, deutsche Riesenhühner, Schwarz-Voh, Silber- und Hagen-Kaninchen und noch mehrere nicht hier genannte Rassen. Kaninchenzüchter, Freunde und Liebhaber der Kaninchen, seiner darf am 13. Mai fehlen:

Das Konzert auf dem Geibelplatz, welches morgen stattfindet, wird Kompositionen von Rich. Wagner, Mahman, Strauß, Fessel, Reier-Bela u. a. bringen.

Offenlegen und sein Hindenburg. Man schreibt uns: Am abendlich gelangt dieses Werk im Hansa-Theater zur Aufführung. Wohl selten sind derartige Massenkonzentrationen gezeigt worden. Sonntag und Mittwoch 4 Uhr finden Nachmittagsvorstellungen zu kleinen Preisen statt. Für diese Vorstellungen werden Billets nur an der Theaterkasse abgegeben.

Hamburg. Die „praktische Arbeit“ der Unabhängigen. Die sogenannten „Unabhängigen“ glauben den Boden in Kiel genügend für die Gründung eines eigenen Organes vorbereitet zu haben. Es wurden bereits Verhandlungen mit dem Governement und dem Stellvertretenden Generalkommando in Altona geführt, wo grundsätzlich gegen die Herausgabe eines solchen Blattes nichts eingewendet worden ist; nur wurde verlangt, daß das Blatt erst einmal vier Wochen unter Vorzensur stehen müsse, wogegen die tapferen Unabhängigen auch nichts einzuwenden hatten. Das Blatt, von dem noch nicht feststeht, ob es eine Tageszeitung oder nur ein Mitteilungsblatt werden wird, soll in Hamburg gedruckt werden. Die Zeitung soll Henke übernehmen, den die Unabhängigen als Bezirksleiter in Hamburg anstellen, und der daher von Bremen nach Hamburg übersiedeln wird. Die Unabhängigen sind auf dem besten Wege, sich den vorgeschmähten Einrichtungen der alten Partei anzupassen und sogar die stark angefeindete „Beamtenbureaucratie“ bei sich einzuführen, an der sie bezüglich der alten Partei kein gutes Haar gelassen haben.

Lehe. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch in der Dampf-Sägerei und Kistenfabrik von H. Schmidt. Dort wurde der 60 Jahre alte Tischler Christoph Böhmman von einer Transmissionswelle erfaßt und so schwer verletzt, daß sein Tod unmittelfach nach dem Unglücksfall eingetreten ist.

Literarisches.

Ein gewerkschaftliches Kriegsdocument. Paul Umbreit, der Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, läßt in den nächsten Tagen im Verlag für Sozialwissenschaft ein Buch „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege“ erscheinen, das allgemeinere Interesse erwecken wird. Das Buch behandelt in zwölf verständig abgegrenzten Abschnitten folgende Themen: 1. Die Gewerkschaften vor dem Kriege. 2. Der Krieg und seine nächsten Wirkungen. 3. Die Fürsorge für die Kriegsfamilien. 4. Die Arbeitslosenfürsorge. 5. Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge. 6. Die Lebensmittelversorgung. 7. Die Kriegswirtschaft. 8. Die Sozialpolitik im Kriege. 9. Das Hilfsdienstgesetz. 10. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften. 11. Der Parteistreit und die Gewerkschaften. 12. Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Das Buch, das den ersten Band der „Sozialwissenschaftlichen Bibliothek“ des erwähnten Verlages bildet, kostet kartoniert 1,50 Mark gebunden 2 Mark und kann jetzt schon bei allen Buchhandlungen wie auch beim Verlage bestellt werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. S. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu zwei Beilagen.

Für den Dienstbotenwechsel

Durch die auch in diesem Jahre erfolgte behördliche Anordnung:

„Sonntag, den 6. Mai, sind die Verkaufsräume bis 6 Uhr abends geöffnet!“

bietet sich für viele eine ausserordentlich günstige Einkaufs-Gelegenheit. Wir weisen den großen Kreis unserer auswärtigen Kunden ganz besonders hierauf hin und laden zu reger Inanspruchnahme unserer **jetzt durchweg bedeutend vergrößerten Verkaufsläger ein.**

644

Sonnabend und Sonntag in unserem Erfrischungs-Raum

nachmittags Konzert

von ersten Kräften unserer 84er.

Speisen und Getränke in reicher Auswahl.

Damen-Konfektion

Bluse aus weiß. Batist, mit Stickerei u. Säumch. verarbeitet 2⁷⁵
 Bluse moderner Machart, aus weißem Waschstoff, in allen Größen 3²⁵
 Bluse aus weißem Waschoval, m. reichbestickt, Vorderteil und Knopfgarnitur 6⁷⁵
 Bluse aus weiß. Schleierstoff, m. reich. Stick. Aermel neueste kurze Form 8²⁵
 Bluse aus durchbrochenem Schleierstoff, m. groß. Kragen und Knopfgarnitur 10⁷⁵

Bluse aus gepufft. Waschmusseline mit weiß. Kragen und Knopfgarnitur 3⁵⁰
 Bluse aus blauweiß-kariert. Waschstoff, fesche, jugendliche Sportform 6⁴⁵
 Bluse aus Kreppstoff, in verschied. Farb., mit Sheubülmch.-Ausmusterung 8⁷⁵
 Bluse aus Schieferst, weiß-gründig, m. schwarz. Bomben u. Glasbatistkragen 11⁷⁵
 Bluse aus türkisch gemust. Schleierstoff, m. groß. Kragen und Seidenschleier 14⁵⁰

Bluse aus weicher Taffetseide, in allen modernen Farben 18⁵⁰
 Bluse aus weißer Waschseide, reich m. Hohlsäumen verarbeitet 19⁷⁵
 Bluse aus farbiger Seide, mit großem, weißem Seidenkragen 24⁵⁰
 Bluse aus weißer Crepe de Chine-Seide, in entzückender Machart 26⁷⁵
 Bluse aus Schottenseide, in neuen, apart. Farbentstellungen 27⁵⁰

Jacken-Kleider modernster Machart, aus blauen und schwarzen Gabardine- und Kammgarnstoffen 125.00 75.00 37.50
 Sommer-Mäntel und Jacketts in großer Auswahl 57.00 49.00 16.75
 Regen- und Wetter-Mäntel in allen modernen Farben 95.00 68.00 33.00

Rock aus schwarz-weiß gestreiftem Stoff, mit Taillengürtel u. Knopfgarnitur 6⁴⁵
 Rock aus schwarz-weiß kariertem Sommerstoff, mit Hüftensattel 7⁷⁵
 Rock neueste Form, aus feinem, braun-weiß gestreiftem Stoff, tadello. Sitz 9⁵⁰
 Rock schwarz-weiß kariert, fesche, jugendliche Form 14⁷⁵
 Rock aus meliertem Stoff mit schmalem Gürtel gearbeitet 22⁵⁰

Rock aus blauem Kammgarnstoff, mit Rüschengürtel und Knopfgarnitur 6⁴⁵
 Rock modernster Machart, aus schwarzem Gabardine 19⁵⁰
 Rock aus marine-blauem, tuchartigem Stoff, fesche Form, mit Taschen 24⁵⁰
 Rock extra weite Glockenform, aus schwarzem oder blauem Alpaka 29⁷⁵
 Rock aus blauem Gabardine, mit schmalem Miedergürtel 34⁵⁰

Unterrock aus gestreiftem Waschstoff mit hohem Volant 2⁹⁵
 Unterrock aus schwarz-weiß kariert. Waschstoff mit Falten-Volant 3⁵⁰
 Unterrock aus kariert. pr. Waschstoff mit breiten, dunklen Streifen 4⁵⁰
 Unterrock aus imitiert. Wien. Leinen tadello. sitzender Schnitt 6⁴⁵
 Unterrock aus farbigem Alpaka modernster Machart 9⁷⁵

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge moderne 1- und 2reihige Formen, in tadelloser Verarbeitung, aus kleinstem Cheviot und Buckelstoffs Mk. 61.00 45.00 28.00
 Herren-Anzüge ein- und zweireihige Formen, in künstler. Maß-Erstarbeit, aus einfarbigen und gemusterten Kammgarn- und Cheviotstoffen Mk. 75.00 62.00 46.00
 Herren-Frühjahrs-Paletots halblang u. volle Sportform, a. schwarz-grauen u. cochenillfarbigen Stoffen Mk. 58.00 46.00 29.50
 Herren-Beinkleider aus modern gemustertem Cheviot und Buckelstoffen Mk. 9.50 7.75 4.95
 Herren-Arbeitshosen in Manchester, Pilot u. Zwirnstoffen Mk. 7.50 5.95 3.95
 Männer-Kajen und Hosen in blau und gestreift Mk. 4.25 3.25 2.35

Garnierte Damen-Hüte

kleidsame, neue Formen in hellen und dunklen Geflechten und handgenäht aus feinen Seidenborten, entzückend mit Blumen, Laub und Seidenband garniert

13.75 10.50 8.25 6.75

Hut-Formen in reichst. Auswahl

Hut-Blumen und Ranken enorm billig.

Blusen-Schürzen aus gestreiften Waschstoffen 3.25 2.10 1.95
 Blusen-Schürzen aus gemustertem Satin 4.75 4.25 3.30
 Weiße Blusen-Schürzen mit Stickerei und Hohlsäumen 4.25 3.50 2.75
 Bunte Zier-Schürzen aus Satin in neuen Mustern 2.55 1.95 1.25
 Weiße Zier-Schürzen reich mit Stickerei garniert 3.75 2.95 1.95

Korsette

tadellos sitzende Formen in Satin un Drell

12.50 10.50 8.95 6.75 1.65

Damen-Untertaillen mit Spitzen und Stickereien 3.50 2.45 1.95
 Stickerei-Röcke mit Ein- und Ansätzen verarbeitet 6.65 5.50 3.95
 Anstands-Röcke aus Molton und Barchent 5.00 4.45 3.55
 Beinkleider aus gutem Wäschetuch 3.95 2.95 2.45

Blusen- u. Jackett-Kragen

in allen modernen Formen aus Glasbatist, Mull und Spachtel, entzückend verarbeitet m. Spitzen, Stickerei und Hohlsäumen

1.65 1.25 95% 75% 48%

Damen-Strümpfe große Länge, mit verst. Ferse und Spitze 1.85 95%
 Frauen-Strümpfe gestrickt, starke Qualitäten 1.75 1.45
 Herren-Stricksocken Wolle, braun meliert 55%
 Damen-Füßlinge gestrickt und feinfädig 1.45 1.10 95%

Damen-Hand-Taschen

moderne Formen in Leder und Leder-Nachahmung, la. Offenbacher Fabrikale

5.95 4.75 3.95 2.75 1.25

Holstenhaus Lübeck

G. M. b. H.

Friedenseingabe der deutschen Pazifisten.

Vier pazifistische Organisationen, die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, der Nationale Frauenanschuß für dauernden Frieden und die Zentralstelle Völkervereinigung, haben sich an den Deutschen Reichstag mit einer Eingabe gewandt, in der dieser ersucht wird, in Würdigung der vollkommen neuen Lage, die für die Frage von Friedensverhandlungen durch die russische Staatsumwälzung geschaffen ist, sich für folgende Grundzüge auszusprechen:

1. Deutschland ist gegenüber dem neuen freien Rußland, das die nationalen Rechte der dem Russischen Reich eingegliederten Völker zu achten verspricht, bereit, einen Frieden ohne irgend welche Eingriffe in den territorialen Bestand des russischen Staatswesens zu schließen. Vorausgesetzt wird dabei, daß die nationalen Rechte der Deutschen in Rußland in gleicher Weise wie die der übrigen Nationalitäten des Russischen Reiches sichergestellt und alle gegen die Rechtsgleichheit verstoßenden Willkürakte aus der Zeit der alten autokratischen Regierung rückgängig gemacht werden.
2. Die Reichsregierung möge sich bereit erklären, zur Ergänzung des Friedensangebots vom 12. Dezember v. J. in geeigneter Weise die Bedingungen bekannt zu geben, die sie den gegnerischen Mächten auf einem Friedenskongreß zu unterbreiten beabsichtigt.
3. Der Reichstag ist gewillt, eine Politik zu unterstützen, die sich in Konsequenz der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers vom 9. November v. J. eine internationale Verständigung über eine den Frieden sichernde zwischenstaatliche Organisation (einen „Friedensbund der Völker“) zur Aufgabe setzt und für eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung eintritt.
4. Der Reichstag ist gewillt, diese Politik zugleich zu fördern auf eine Erneuerung unseres inneren politischen Lebens, die geboren aus den Erfahrungen dieses Krieges und gestützt lediglich nach dem Willen und nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes, doch zugleich auch Schwierigkeiten beseitigen wird, die bisher einem vertrauensvollen internationalen Zusammenwirken im Wege standen, und er fordert die sofortige Inangriffnahme der dafür nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen.

Zur Begründung beziehen sich die Petenten auf eine der Eingabe angegeschlossene Denkschrift „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution“, die ihr besonderes Gepräge, wie kaum betont zu werden brauche, durch die Persönlichkeit des Verfassers erhalte und nicht in allen Einzelheiten der Erörterung jedes einzelnen Mitglied binde, aber in den entscheidenden Fragen die gemeinsame Anschauung wiedergäbe.

Die Denkschrift gliedert sich, entsprechend dem Text der Eingabe, in vier Abschnitte.

In dem ersten Abschnitt „Die Antwort auf russische Friedensbereitschaft“ wird zunächst in Anknüpfung an eine offizielle deutsche Erklärung das Schlagwort von einem „Frieden, wört der Opfer“, das zur Begründung von Annexionsforderungen, mißbraucht werde, behandelt, dann der „Verzicht auf Gebietsänderungen“ im Osten aus der veränderten Situation heraus begründet. Die Voraussetzungen, von denen der Reichskanzler ausging, als er am 3. April v. J. die territorialen Kriegsziele für die „Völker zwischen der baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen“ aufstellte, die „der Herrschaft des reaktionären Rußland nicht wieder ausgeliefert werden dürften“, seien fortgefallen. „Jetzt wäre es ein ganz unfruchtbares Beginnen, einem freien Polen eine wie immer geartete, noch so lose Verbindung mit Deutschland gewaltsam auferlegen zu wollen.“ Weithin steht es mit Litauen, ähnlich mit den baltischen Provinzen. — Deutsche Politik kann es heute offenbar nur sein, darauf hinzuwirken, daß die durch die russische Revolution veränderten Grundzüge der Freiheit und nationalen Gleichberechtigung, wie den Polen und den Finnländern, so auch allen Deutschen in Rußland, insbesondere in den baltischen Provinzen zugute

kommen.“ Aus dieser Erkenntnis heiße es die Konsequenzen ziehen. Das Schlimmste seien halbe Entschlüsse. Die Regierung werde klug tun, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bei Fortsetzung des Krieges die Massen den Regierungen die Entscheidung aus der Hand nehmen können und dafür zu sorgen, daß dieser Zwang bei Rußlands Bundesgenossen einsetze.

In dem zweiten Abschnitt „Mitteilung der Friedensbedingungen“ wird die Auffassung vertreten, daß die ungenügende Wirkung des Friedensangebots vom 12. Dezember zum Teil darauf zurückgehe, daß die deutsche Regierung bei ihrer ausfallend raschen Beantwortung der Wilsonschen Note die Gelegenheit, ihre Bereitwilligkeit zur Mitteilung von Friedensbedingungen zu bekunden, versäumt habe. Die Antwort der Entente habe deshalb im neutralen Ausland nicht die unbedingte Empörung erregt, wie man in Deutschland ziemlich allgemein erwartete, und es sei der Eindruck entstanden, „daß die vollkommen ablehnende Beantwortung der Wilsonschen Note ein Zugeständnis an jene Kreise war, die das Friedensangebot mißbilligt hatten, und die noch heute darüber frohlocken, daß es abgelehnt worden ist.“ Den „schweren Fehler, der durch Mangel an Konsequenz bei der Verfolgung des Friedensangebots vom 12. Dezember gemacht worden ist, in irgend einer Form wieder auszugleichen“, biete die geänderte Situation in Rußland Gelegenheit.

Im dritten Abschnitt „Neuorientierung der auswärtigen Politik“ wird die Auffassung vertreten, daß es geboten sei, „auf die Erklärung zurückzukommen, die der Reichskanzler am 9. November über die Bereitwilligkeit Deutschlands, einem Friedensbund der Völker beizutreten, abgegeben hat“. Diese Notwendigkeit wird begründet damit, daß die Erklärung vom 9. November nur sehr allgemein gehalten war und die beiden Hauptprobleme, die Verpflichtung zur Annahme friedlicher Vermittlung und die internationale Regelung der Rüstungsfrage beiseite ließ, weiter durch die bedauerliche Haltung mancher Kreise in Deutschland, die sich veranlaßt fanden, „die Erklärung des Reichskanzlers in ihrer Vollständigkeit möglichst herabzusetzen, ja mit offensichtlicher Mißachtung zu behandeln“, endlich aber mit dem Bedürfnis, „die unheilvolle Wirkung, die von der Haltung Deutschlands aus den beiden Haager Konferenzen ausgegangen ist“, endlich aus der Welt zu schaffen. Wie unheilvoll diese Haltung und wie verhängnisvoll deren Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in der ganzen Welt war, wird näher ausgeführt. Die deutsche Regierung beging 1899 und 1907 den großen Fehler, der heute in den leitenden Kreisen wohl ziemlich allgemein als solcher anerkannt ist, daß sie sich in den beiden entscheidenden Fragen der Haager Konferenzen, in der Frage der internationalen Organisation friedlicher Entscheidung internationaler Konflikte und in der Frage einer vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen im arundächtlichen Widerspruch zu der ungeheuren Klarheit der Mächte und zur öffentlichen Meinung fast der gesamten Welt stellte.

Daraus ist dann das durch die leichtfertige Agitation der Alldeutschen genährte Mißtrauen erwachsen, Deutschland sei „das große Hindernis für internationalen Fortschritt“, es wünschenswert, „eine Politik nicht des Rechtes, sondern der Gewalt zu treiben“ und betrachte „die Rüstungen als Mittel dieser Politik“. Es sei ein wahrhaft tragisches Schicksal, wie sich jetzt das friedliche deutsche Volk, dank den Fehlern seiner Regierung und dank der leichtfertigen Agitation kleiner Kreise, der Beschuldigung, „sein Streben nach Gewalt und Weltbeherrschung bedrohe die Freiheit aller anderen“, und einer „so ungeheuren Flut von blindwütiger, verhängnisvoller Feindschaft“ gegenüber sieht. Darum sei es „von so außerordentlicher Bedeutung für die Friedensmöglichkeiten, daß die Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November als die Ankündigung einer neuen Ära deutscher Politik in diesen Fragen gegen alle Zweifel sicher gestellt und als solche überal gewertet werde“.

In dem vierten und letzten Abschnitt „Neuorientierung der inneren im Verhältnis zur aus-

wärtigen Politik“ wird darauf hingewiesen, daß auch vor dem Kriege Deutschland in Freiheitlich und fortschrittlich gestimmten Kreisen des Auslandes als die reaktionäre Macht in Europa gegolten habe, „wohl entfernt nicht so schlimm, aber viel zuverlässiger reaktionär als Rußland“. Selbst viele deutschfreundlichen Beurteiler hätten uns fühlen lassen, „daß wir Deutsche politisch hinter der allgemeinen Entwicklung stark zurückgeblieben“ seien. Das wird näher ausgeführt an den Antipathien, die unsere Politik gegenüber den nationalen Minderheiten geweckt habe, an dem internationalen Urteil über den deutschen und preussischen Militarismus, insbesondere an der Wirkung des Falles Zabern, der noch „kurz vor dem Krieg dieses Urteil über deutsche Zustände in der unheilvollsten Weise verschärft“ habe. Dieses Urteil sei ein schweres Hindernis für die Gestaltung unserer internationalen Beziehungen, und auch der Wert der Erklärung vom 9. November wäre dadurch beeinträchtigt. „Neuere und innere Politik stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Freie innere Verfassungen der Staaten sind in der Tat eine der Voraussetzungen für das Gedeihen einer freien zwischenstaatlichen Organisation und für eine diesem Ziele zugewandte Politik“. Der Gedanke, uns innere Reformen vom Auslande aufzwingen zu lassen oder solche Reformen durchzuführen, nur um dem Auslande zu gefallen, wird entschieden abgelehnt. Aber ebenso entschieden wird betont, daß die Rückwirkungen der inneren auf die äußere Politik nicht übersehen werden dürfen.

Wenn die Neuorientierung im Inneren nach allgemeiner Ueberzeugung kommen soll, so wollen wir aus ihr „auch international den natürlichen Gewinn ziehen“. Das gilt insbesondere für die jetzige Situation angesichts der Umwälzung in Rußland. „Deutschlands Stellung in der Welt würde mit einem Schlage eine ganz andere werden, wenn die Welt sich überzeuge, daß es Ernst ist mit dem neuen Deutschland, das — ohne Revolution und äußeren Druck — aus dem ungeheuren Erlebnis dieses Krieges emporklettert.“ Ein kleiner Anfang sei gemacht mit der feierlichen Oligarchie, aber nur ein kleiner Anfang. Die Ansichten über das, was notwendig ist, gingen auch im Kreise der Pazifisten, der von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken reiche, weit auseinander; aber darin würden wohl die meisten übereinstimmen, daß, um eine gute auswärtige Politik zu machen, die Erneuerung unseres inneren politischen Lebens sehr tief werden müssen und daß darüber in den Grundzügen Klarheit schon während des Krieges zu schaffen sei, um nicht durch das alte wegen unserer politischen Rückständigkeit bestehende Vorurteil in der Friedensfrage behindert zu sein. „Denn dieses Vorurteil bedeutet zugleich Mißtrauen in die Ernsthaftigkeit unserer Friedensabsichten und in die Ernsthaftigkeit des Entschlusses, bei der Neuorganisation der Welt zur Sicherung des dauernden Friedens mitzuwirken.“ Mit einem Appell an dem Reichskanzler und den Reichstag, daraus die Folgerungen zu ziehen, schließt die Denkschrift.

Belgien im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages trat am Donnerstag in die Beratung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der besetzten Gebiete ein und behandelte zunächst Belgien. Abg. v. Schulze-Gävernitz (Vorwärts, Volksp.): Die Annexion Belgiens ist als erloscht anzusehen. Ein halb-souveränes Belgien würde keinen Protest und keine Kriegserklärung bedeuten. Der einzige Weg, der zum Ziele führt, ist die tatsächliche Trennung von Flamen und Wallonen. Die bisherige Flamenpolitik der deutschen Okkupationsregierung ist an dem Mangel der Einheitlichkeit. Geht es in der bisherigen Föhrung weiter, so war sie im wesentlichen zwecklos. Die Zwangsarbeit belgischer Arbeiter nach Deutschland war in der vorgenommenen Form ein Schlag ins Gesicht unserer Flamenpolitik.

Staatssekretär Dr. Helfferich wies zunächst auf seine im Februar im Auschuß gemachten Äußerungen über die Flamenpolitik hin. Die Meinung, daß zu langsam vorgegangen werde, könne er nicht als berechtigt anerkennen. Die Verwaltungsstren-

Frühling 1917.

Es klopft der Bach ein junges Grün,
du, weissen Anemonen blühen,
die Weissen und Narzissen.
Wie ist die Welt geworden reich,
seitdem der Leuz sich sanft und weis
gelegt auf Blumenstiften!

Von Lerchenjubel tönt die Luft,
aus Niederbüschen strömt der Duft:
„s achmen heiß die Schollen. —
Ist in dem Duft und Sang und Klang
geheimnisvoller Lebensdrang
und starkes Leben-Wollen!“

Doch in des Frühlings Ohren dringt
ein Menschenlied, das anders klingt,
als frohe Vogelweisen.
Es ist das Lied vom Menschenleid,
von einer todeschweren Zeit
und blutgefärbtem Eisen:

„Was blüht du, Leuz, mit solcher Pracht,
wenn draußen in der Völkerschlacht
das Leben sich verzahlet?
Des Menschenleben, dem zu lieb
aus Sonnenglanz der Werbetrieb
aus tausend Adern flutet?“ —

Da hat der Frühling zornerrfüllt
in graue Nebel sich gehüllt
und traurig abgewendet:
„Ist das der Dank für Gottes Gult,
die in unendlicher Geduld
den Menschen Segen spendet?“

„Ist es genug des Hasses Fein!
Ist endlich wieder Mitleid ein,
das ihr hinausgetrieben!
Ist Feindesdost ist Brüdermord!
Ist an des Heilands mildes Wort,
da sollst die Feinde lieben.“

Allein, der Mahnung herber Ton
geraut den guten Frühling schon,
kaum, daß sie ausgesprochen.

Er wandert in die Lande aus,
wo noch im Hölleaus und Braus
die Leidenschaften toben.

Auf eines jeden Helden Grab
senkt Liebeswall er sich herab
und schmückt's mit Blumenpenden;
fragt nicht nach Freund, fragt nicht nach Feind,
geht nur erschüttert da und weint:
„Herr, wolk' uns Frieden senden!“

Dauß Albers.

Kleines Feuilleton.

Spätfrühjahr vor 80 Jahren.

Die lang andauernde Kälte dieses Jahres erinnert uns an die Schilderung, die Jeremias Gotthelf (Pfarrer Albert Bitus) in seiner Schrift „Die Wasserwaage im Cement“ vom Frühling des Jahres 1837 gab. Vielleicht interessiert es gerade jetzt, einiges darüber zu hören.

Das Jahr 1837 wird vielen Menschen unvergesslich bleiben, die nicht in ihren Träumen oder ihren Sünden allein leben, die einen offenen Sinn haben für die Stimme Gottes, welche zu uns redet in Schnee und Sonne, bei heiterem Himmel und im Dunkel der Gewitternacht. Es war ein merkwürdiges Jahr, aber ein banges, angstvolles für Tausende, wohl ihnen, wenn diese Angst jetzt ihre Frucht trägt — ein gläubiges Vertrauen.

Am ersten Apriltage wehten Frühlingslüfte durchs Land, und frohe Hoffnungen schwellten alle Herzen; aber alle Hoffnung wurde in den April geschickt. Schnee wehte wieder durch alle Lande, legte in Deutschland manns hoch sich; er lagerte sich ordentlich, als ob er überkommern wollte, im erlauchten Lande. Zum eigentlichen Schneemonat ward der April; selten leuchtete die Sonne; ob sie warm sei, erfährt man nicht; Gras sah man nicht; kein Lebenszeichen gaben die Bäume. Die Not war groß im Lande. Heizen sollte man die Stuben und hatte kein Holz; füttern sollte man das Vieh und hatte kein Futter. Es war Jammer zu Berg und Tal; in den Ställen brüllte es tief und nöthig.

Da wehten am ersten Maitage wieder Frühlingslüfte; es grünte in den Matten, laut jauchzten die Menschen, und gierig graste das ausgetriebene Vieh das Wenige, was es fand. Karst und Pfug wurden eifrig gerüstet, die Kutteln an die Ofenröhren gehängt, die Wintertrümpfe in den Späher; aus den Dörfern strömte es aus, wie aus dem Stok die Bienen, und am heißen dritten Maitage glaubte man alles gewonnen. Aber ein Gewitter vorzehrte die vorräthige Wärme und der Winter war wieder da.

„Man jammerte in allen Hütten, in allen Höfen, ganz besonders aber die Kinder. Viele wählten kein Futter mehr zu kaufen, mußten fort aus den Ställen, und Schnee verfinsterte noch die Luft, lag weiß über den Ebenen und Kartertief auf den Bergen. ... Wie es anfangs auf den Bergen zugegangen, wie Tamiris das Köstliche war, was man den Kühen, die dazu noch fast ertroren, bieten konnte, will ich nicht erzählen. Und wenn ich's erzählte, so würde sich niemand darüber verwundern, schmeite es doch auch unten im Lande noch den 19. Mai.“

Und als die Zeit da war, den 24. Mai, winkte Gott, und die Sonne brannte auf die Erde nieder; die düstere Wolkendecke fiel, der Schnee schmolz und in den Feldern und auf dem Weizen ward ein Leben mächtig, das der Mensch noch nie gesehen hatte. Die Nächte schienen mit Himmelsgevalt ausgerüstet und aus Wanderbare grenzt, um wie viel einzelne Pflangen ausschossen in einer Nacht. Mit dem Beginn des Brachmonats kränzten sich die Bäume mit ihrem Blütenstaub, üppig und prächtig; aber wie die große Welt die Jugend gern um die Früchte des Alters bringt, so blühen die Bäume wohl schon in der Sommerhitze und den majestätischen Gewittern; aber die Blüten verwelken bald und die Frucht bildet sich nicht oder fällt im Werden ab, weil ihr die Nahrung fehlt.

Die trübe Zeit war vorüber, eine herrliche war eingelehrt und Gottes Pracht und Macht wurden alle Morgen neu. Es war Wetter, wie nur Gott es machen konnte, das schnell gewachsene Heu wurde prächtig eingebracht und auch das Korn sang gut in die Scheunen. ...

Moderne Riesenmaschinen.

In dem ungeheuren Erleben des Weltkrieges bleiben naturgemäß kleinere Sensationen unbachtet, sonst hätten die unlängst erschienenen Jahresberichte unserer beiden großen Elektrizitätsgesellschaften mehr Aufsehen erregen müssen, als sie tatsächlich getan haben. Denn weitestens in technischer Hinsicht brachten sie eine große Sensation, wußten sie doch zu berichten, daß den Fabriken der beiden Gesellschaften mehrere Dynamomashinen von 30 000 Kilowattlampen- und sogar eine von 60 000 Kilowattlampen-Leistung in Auftrag gegeben und von ihnen in Arbeit genommen worden seien, 30 000 und 60 000 Kilowattlampen, das sind 61 000 und 73 500 Pferdestärken zum mindesten! Eine ganz unvorstellbar riesenhafte Leistung, auch wenn man noch den Maßstab der allerjüngsten Zeit anlegt.

Am Menschenalter scheint die Zeit zurückzulegen, wo man eine 3000pferdige Dynamomashine als Wunderwerk der Technik anhaute, und doch war dies erst auf der Pariser Weltausstellung von 1900 der Fall. Freilich hat sich in der dazwischen liegenden

fung werde in engster Fühlung mit dem Rat von Islandern be-
trachtet und nach guter Vorführung.

Oberrät Marquardt gab Auskunft über die Durchführung
des öffentlichen Erlasses betreffend Zurückführung der bel-
gischen Arbeiter. Sie sei im großen Ganzen durchgeführt.
— Abg. Erbeberger (Zentr.) leant es ab, jetzt schon über die
deutschen Kriegsziele in Belgien sich anzulassen; aber unter allen
Umständen müsse eine Herabsetzung, besondere Flamenpolitik ge-
führt werden. — Abg. Göttsche (Nortf. Sp.) beipflichtet die
Jugendliche in Belgien. Nicht des Reichstages sei es,
dafür zu sorgen, daß die belgischen Zwangsarbeiter so rasch wie
möglich zurückgebracht würden. — Abg. Mümm (Nortf. Fr.) er-
wartet den Plan der Vereinigten Staaten, Belgien unter der
alten Dynastie zu lassen, als eine große Gefahr für das Deutsche
Reich. — Abg. Kretsch (Nortf.): für die Gestaltung der Verhält-
nisse in Belgien über die nur eine Richtlinie geben: die Sicherung
der Zukunft unseres Volkes. Nichts habe uns mehr geschadet,
als das unheilvolle Wort von dem „Anrecht gegen Belgien“.
Seine Freunde müßten fordern, daß die flandrische Küste
unter deutschem militärischen Einfluß bleibe. An einen Ver-
ständigungsfrieden glaube ich nicht. Die Verbrin-
gung der belgischen Arbeiter nach Deutschland und Nordamerika
sei gerechtfertigt gewesen.

Ministerialdirektor Dr. Lewand gibt Auskunft über die
Durchführung der Verwaltungsarbeiten hinsichtlich der einzelnen
Behörden. Es sei zu erwarten, daß trotz einiger Schwierigkeiten
die Trennung in einigen Wochen vollendet sein werde.

David (Soz.) Nicht durch die Verewaltungspolitik,
die von Kretsch und seine Freunde empfohlen, werde ein Zustand im
Westen geschaffen, der die Zukunft des deutschen Volkes sichere,
sondern durch die Politik der gegenseitigen Verständigung. Das
Ziel müsse die Wiederherstellung Belgiens in einer Form sein,
die auch den Wünschen der Belgier selbst, der Wallonen wie der
Flemingen entspreche. Das könne nur ein Belgien sein, unabhän-
gig nach beiden Seiten hin. Von diesem Standpunkt sei auch die
Frage der Verwaltungsorganisation schon heute zu behandeln. Alle
unser Verordnungen, die belgische Bevölkerung wieder innerlich
mit uns zu verbinden, sei durch die unglückliche Maßnahme der
belgischen Arbeitseinsatzung schwer geschädigt. Es müsse nicht
nur verlangt werden, das alle belgischen Arbeiter in ihre Heimat
zurückzuführen, sondern auch die in Nordbrabant
beschäftigten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

heute am Beginn der Freilassung zunächst die Verantwortung
einer Anzahl kleiner Vorträge. Dabei erklärte die Reichs-
leitung, daß es nicht in ihrem Sinne sei, wenn
Kriegsgerichten die Unterbringung entzogen
wird, die eine Erwerbsarbeit wegen Krankheit oder Unab-
kömmlichkeit vom Haushalt nicht leisten können. Sie erklärte
weiter, daß es bei dem 7 Uhr-Endeentschluß bleibt,
daß die Kriegsgefangenen gefördert werden, aber vor über-
triebenen Hoffnungen gewarnt werden müsse. Über die vom
Abg. Kühle vorgebrachten Verhältnissen vollstetiger Sozialisten
Wardians vermochte die Regierung noch nichts mitzuteilen,
ebenfalls über die von der Arbeitgemeinschaft zum Gegenstand
einer Anfrage ermachte angebotene Einstellung von Belgiern
ins deutsche Heer.

In der Interpellation der Kaiserlichen
und Sozialdemokraten über die Stellung des Reichs-
kanglers zur Friedensfrage erklärte Dr. Helfferich, daß der
Reichskanzler bereit sei, die Interventionen innerhalb der
gesetzlichen Ermächtigung (14 Tage) zu beantworten.
Es gilt aber zur Zeit im Reichstage für fraglich, ob Herr von
Bethmann Holling in dieser Lage noch einmal sprechen
wolle. Man will wissen, daß er das dem Staatssekretär Hilt-
mermann überlassen werde. Indessen darf man den Wandel-
gangsgewand niemals allzu große Zukunftsicherheit beilegen.

Der Reichstag beriet sodann den Etat der Reichseisen-
bahnen. Als erster Redner sprach der schlesische Genosse Fuhs,
der angesichts der ungeheuren Arbeitslast und der beispiellosen
Deuerung, worunter das Personal der Reichseisenbahnen leidet,
eine ausgiebige Erhöhung der Zulagen und Sicherung des
Arbeitsrechts sowie Einführung wirklicher Arbeiterschlüsse
nach Vorbild des Hilfsdienstgesetzes verlangte. Nachdem der
nationalliberale Abg. Jöcher im großen und ganzen die
die gleichen Forderungen erhoben hatte, sprach als Chef der
Reichseisenbahnen der preussische Verkehrsminister von Dre-
senbach, der die Deuerungspläne eingehend schilderte.
Eisenbahn aber immer noch anspricht erhielt. Mit ziemlich

keinen allen Widerstand gegen die Hilfsdienstauschlüsse bei der
geringeren Energie trat der Zentrumssabde. Schlimmer dem
Minister entgegen. Einigermassen merkwürdig war die Rede
des Reichsparteilers Wernitz, der lang und breit einen
von einem Ingenieur erfundenen Apparat zur Schonung und
zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Lokomotiven empfahl.
Bisher wurden solche technischen Einzelfragen meistens im Aus-
schuß erledigt. Der Fortschrittler Göttsche wünschte, daß
den Wagenmeistern nun, geühten werde und sprach angelehnt
der Haltung des Ministers seine Reue darüber aus, seinerzeit
an der Mehrheit gehört zu haben, die unseren Antrag abge-
lehnt hat, im Hilfsdienstgesetz die Auschlüsse auch für die
Eisenbahnen festzusetzen. Mit einer scharfen Erwiderung des
Genossen Fuhs gegen Breitenbach schloß die Debatte.

Es folgte der Militäretat und der Kriegsminister
v. Stein hielt eine längere Rede, von der es vorher geheißen
hatte, sie würde bedeutenden Inhalts sein. Nachher konnte
man das nicht mehr sagen. Immerhin erklärte der Kriegs-
minister, daß er gegen Soldatenmishandlungen mit
aller Schärfe einschreiten wolle und er erkannte an, daß die
Strafe des Anbindens als ein Schandfleck erscheinen
könnte, wenn er auch wiederum Gründe für ihre Beibehaltung
hinzufügte. Erfreulich war seine Mitteilung eines bemerkens-
werten Entgegenkommens der französischen
Regierung, wenn es sich auch nur um die Beilegung
barbarischer Behandlung unserer gefangenen Landsleute dabei
gehandelt hat; im gleichen Atemzuge mußte der Kriegsminister
allerdings wieder von neuen Qualereien berichten, gegen die
widerum Vergeltungsmaßnahmen angedroht werden.

In vorheriger Abendstunde ergriff Genosse Schöpflin
das Wort, um zunächst die Verteidigung des Bürokratismus
durch den Kriegsminister zu bekämpfen und dann eingehend
darzulegen, wie viele ernste Beschwerden trotz aller Verpre-
dungen auf Abhilfe immer wieder erhoben werden müssen,
weil jenseit alle Gemütsgegenstände nicht auszurollen ist. Mit
wünschenswerter Schärfe und Deutlichkeit kritisierte Genosse
Schöpflin den bekannten Groener'schen Streik-
erlass, worauf General Groener eine beschimpfende Absicht
seines Erlasses von sich wies. — Am Sonnabend geht die
Beratung weiter.

Ernährungsfragen.

Ernährungsfragen im Reichstagsauschuss.

Der Direktor im Kriegsernährungsamt v. Döppel trat dem
Gerücht entgegen, daß bei der Veröffentlichung der Getreidezieh-
ungen in der Provinz Posen lediglich gegen polnische, nicht aber
gegen deutsche Grundbesitzer vorgegangen sei; eine Schonung der
deutschen Grundbesitzer habe nicht stattgefunden.

Hierauf wird zur Besprechung der Kartoffelverfor-
gung übergegangen. Abg. Stubbe (Soz.) verlangt, bei der
Frühkartoffel nicht die Fehler des Vorjahres zu wiederholen, da
durch eine ungewöhnliche Verfrachtung große Verluste dem Ver-
derben ausgesetzt wurden. — Abg. Kämpfer (Soz.) verurteilt
es als unerhört, daß dem Landwirt die Kartoffeln, die er zur Saat
verwenden wollte, zum Preise von 1 Mk. beschlagnahmt wurden
und er gegenwärtig für Saatkartoffeln 12 Mk. zahlen muß. —
Abg. Hinder (Soz.) beklagt, daß die Verfrachtung fünf Pfund
Kartoffeln für die kommende Zeit zu liefern, schon vielfach ins
Wanken gekommen ist.

Die Verhandlungen wenden sich hierauf der Obst- und
Gemüseversorgung zu. Dr. Wirth (Z.) weist darauf
hin, daß Bedarf gegenwärtig ihren Preis bis zu 1 Mk. für das
Pfund erreicht habe. Sauerkraut wird zum Preise von 32—38 Pfg.
pro Pfund gehandelt. Diese Preistreiberien sind unerhört. —
Von anderer Seite wird die schlechte Qualität des Kriegsmus
bemängelt. — A. Hillig, Leiter der Reichsgemüse- und Obststelle,
erkennt an, daß die Preise für Bedarf ungeheuer seien. Die Er-
mittlungen haben jedoch ergeben, daß die Kleinhandler so teuer
einkauften, daß wenn man gegenwärtig Höchstpreise festsetzen
würde, eine schwere Schädigung der Kleinhandler eintreten müßte.
Wir werden im nächsten Jahre Erzeuger-Höchstpreise haben und
ebenfalls für den Groß- und Kleinhandel die Preisfestsetzungen vor-
nehmen, so daß die gegenwärtigen Erhöhungen sich nicht wieder-
holen. Kaulent, die Sauerkraut zum Preise von über 20 Pfg.
abgeben, sollten angezeigt werden.

Bei Fortsetzung der Beratung kommt Soehne (natl.) auf
die Ablieferung der Getreide zu sprechen und behauptet, daß vom
Großgrundbesitzer viel zu wenig abgeliefert wurde. Er beantragt
deshalb, diese Verrechnungen, die schon in den Prozeßverhandlungen

in Posen zum Teil zur Kenntnis gelangten, entgegen zu unter-
suchen und hiermit eine besondere Kommission zu beauftragen. —
Abg. Stubbe (Soz.) weist gegenüber der Forderung, für die
ländliche Bevölkerung das Quantum Brotgetreide zu erhöhen,
darauf hin, daß gegenwärtig bei einer Ausstrahlung von ungefähr
90 Prozent monatlich 3350 Gramm Mehl pro Kopf der männlichen
Bevölkerung zur Verfügung steht, während die Städte nur 5100
Gramm erhalten. Vor der Kürzung betrug das Mehlquantum
der ländlichen Bevölkerung ungefähr 3500 Gramm. Die Landbe-
völkerung ist also immer noch besser gestellt; abgesehen davon,
daß ihnen Milch, Butter, Eier und auch sonstige Erzeugnisse des
eigenen Betriebes noch in größerem Umfange zur Verfügung
stehen. Welche neuzeitlichen Maßnahmen erst getroffen werden
sollten, befragt Redner an dem bekannten Sauerkraut-Beispiel des Görlicher
Konsumvereins. Das Versprechen, daß 5 Pfund Sauerkraut für die
Bevölkerung geliefert werden sollen, ist in Hamburg nicht erfüllt
worden. Nach heute werden in Hamburg nur drei Pfund Sauerkraut
je verteilt. Redner fragt an, ob es richtig ist, daß die Land-
wirtschaftliche Bezugsvereinigung Roggenlieferungen nach Ham-
burg angeboten hat, wenn dafür Roggenmehl geliefert wird. —
v. Balocki verspricht, diese Angelegenheit zu untersuchen. Die
geringe Kartoffellieferung in Hamburg ist durch größere Mehl-
lieferung ausgeglichen worden.

Eine Erklärung über nicht genügende Beschäftigung der
Mädchen in Bayern gibt dem Abg. Kämpfer (Soz.) Einlaß, die
Regierung zu ersuchen, sich von den Interessengegenständen zwischen
Kleinmüllern und Großbetrieben nicht beeinflussen zu lassen.
Wären den Kleinmüllern Aufträge, die bereits zugeführt waren,
nicht übergeben worden, so wäre es billig, in diesem Falle eine
Entschädigung zu gewähren.

Bei der Besprechung der Kartoffelversorgung wurde vom Abg.
Gen. Schmidt (Berlin) angefragt, welches Resultat die Kar-
toffelbestandsaufnahme gezeitigt hat, und ob die Aus-
sicht besteht, die gegenwärtige Ration aufrecht zu erhalten. —
v. Balocki: Die Kontrolle ist noch nicht vollständig abge-
schlossen. Das bisherige Ergebnis kann als günstig bezeichnet wer-
den. So hat z. B. Westpreußen ein Mehr von 450 000 Zentnern
zur Belieferung gestellt. Man wird die Belieferung mit fünf
Pfund pro Woche für die Bevölkerung in Aussicht
stellen können bis Mitte Juli; von da an muß man mit der Früh-
kartoffel rechnen. Ferner wird die Saatgutmenge von acht Zent-
nern pro Morgen mit Sicherheit beschafft werden können.

„Patrioten“.

Der bekannte Herr v. Oldenburg-Januschau erklärte
früher in einer Versammlung, daß er in diesem Jahre etwa
hundert Morgen weniger mit Kartoffeln bebauen
werde als im vergangenen Jahre, weil der jetzt geltende Preis
zu niedrig sei. Mindestens acht Mark müsse der Zentner brin-
gen. Solche Praxis paßt schlecht zu der oft mit vielem Lärm be-
tonten Pflanzensicherheit und der Sorge um die Durchhaltendigkeit
Deutschlands. Diese Verminderung des Kartoffelanbaues in
jetziger Zeit ist, vorausgesetzt, daß die Nachricht zutrifft, ernst zu
verurteilen. Dabei stehen die Großbetriebe der Landwirtschaft
ohnehin schon verhältnismäßig wenig der jetzt für die menschliche
Ernährung notwendigen Produkte. Wie nämlich Prof. Dr.
Hansen im 2. Heft der Kriegswirtschaft mitteilt, entfallen von der
in Deutschland mit Kartoffeln besetzten Fläche nur 21 Prozent
auf die Betriebe von über 100 Hektar. Von der Ackerfläche aller
Betriebe dieser Größenklasse sind im Durchschnitt nur 10 Prozent
mit Kartoffeln besetzt und nur 29,6 mit Brotgetreide bebaut. Dem-
nach widmen sich die Großgrundbesitzer vorwiegend der Erzeugung
von Hafer, Gerste und sonstigen Futtermitteln. Der Umstand er-
klärt ihr Verhalten in der Kriegswirtschaft: Verkürzung der von
ihnen hauptsächlich auf den Markt gebrachten Erzeugnisse! Die
Feststellung des Herrn Prof. Dr. Hansen, daß die Großbetriebe für
das Hervorbringen der nun allerwichtigsten Lebensmittel eine nur
untergeordnete Rolle spielen, hat gerade jetzt seinen großen Reiz,
weil die Vorführer der Großgrundbesitzer sich als die eigentlichen
Vaterlandsretter und Volkserretter geben, die auf besonderen
Dank und große Anerkennung Anspruch erheben könnten.

Der Abbau der Viehhaltung.

Daß ein ziemlich umfangreicher Abbau der Viehhaltung
auch dann nötig bleibt, wenn als seine Folge vom Herbst
ab der Fleischkonsum aufs alleräußerste eingeschränkt werden
müßte, beweist nunmehr Prof. Dr. Remy (Bonn) in gründ-
lichen Erörterungen. Seine Beweisführung spielt in den
Sähen, daß unsere, über die einheimische Futtererzeugung
weit hinausgehende, Viehhaltung die Volksernährung im
Kriege erschwert und auf die Dauer geradezu unmöglich
macht. Er weist daneben darauf hin, daß die Verfütterungs-
verhältnisse ihren Zweck gar nicht erfüllen können, wenn die
Höchstpreise des Fleisches, wie bisher, eine versteckte Prämie
für die Verfütterung von Nahrungspflanzen in sich schließen.
Daneben hält Oberamtmann Rabthege die Selbstverfor-
gung durch Tierhaltung für das große Übel, durch das die
Nahrungsmittel für die Gesamtbevölkerung zu Gunsten we-
niger verschwendet. Natürlich bedeutet auch die hier und
da übliche Hergabe städtischen Futters an Selbstversorgungs-
berechtigte private Viehhalter nur eine Begünstigung we-
niger auf Kosten der Allgemeinheit. Deshalb fordert der
Kriegsausgang für Konjumenteninteressen einen dauernden
Abbau der Viehhaltung unter Ausschaltung des unwertigen
Mistviehes.

Soziales.

Mehr Arbeiterinnen als Arbeiter. Nach dem „Reichs-Arbeits-
blatt“ gehörten im 1. März den Krankenkassen als Mitglieder an:
3 973 457 Arbeiterinnen,
3 962 625 Arbeiter.

10 802 Arbeiterinnen mehr!

Im Januar standen sich noch gegenüber 3 958 399 Arbeiter und
3 948 349 Arbeiterinnen, so daß erstere 10 050 mehr ausmachten.
Ihre Zahl hat dann im Februar um 3226 zugenommen, dagegen
die der Arbeiterinnen um 25 108, womit sie das Uebergewicht
über das männliche Geschlecht erreichten. Das Verhältnis ändert
sich allerdings, wenn man die mehr als 700 000 Kriegsgefangenen
berücksichtigt, die im deutschen Wirtschaftsleben tätig sind, zugunsten
der männlichen Arbeiter. Trotz der fortwährenden Zunahme der
Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen zeigt der weibliche Arbeits-
markt immer noch ein Ueberangebot, indem im Monat Februar
auf 100 offene Stellen 112 Arbeitssuchende kamen gegen nur 62
auf dem männlichen Arbeitsmarkt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ines Gefängnis mit den Nahrungsmittelfürchern! Bouillon-
„Crach“-Würfeln von der Sorte, wie sie jetzt vielfach dem Publikum
angeboten werden, haben den Anlaß zu einer Anklage wegen Ver-
gehen gegen das Nahrungsmittelgesetz gegeben, die die Kan-
tate Max und Paul Grabbert vor das Schöffengericht
Berlin-Schöneberg führte. Die Angeklagten hatten ein Re-
zept zur Anfertigung eines Crachés für Hünerbrühe erworben
und brachten danach solche Bouillonwürfel auf den Markt.
Sie brachten den Handel damit etwa 10 Monate hindurch betriebs-
am und eine recht handliche Menge abgesetzt. Nach dem Gutachten des

Zeit unter Mehl und sehr rasch geandert. Gerade so wie die indu-
striellen Gesellschaften ins Kleinstbrot wachsen, sich in Konzerne
mit einem Kapital von Hunderten von Millionen umbilden, ge-
rade so ragen es auch die von ihnen geführten oder betriebenen Re-
schienen. Mit in einer Reihe von Jahren da die Schiffe, nicht
so sehr wegen der Größe ihres Bedürfnisses — das war auch an
anderen Stellen vorhanden — als wegen der Größe der örtlichen
Verhältnisse, die es erfordern, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Die
großen Dampfer haben immer schon große Maschinen benötigt,
aber über ein paar tausend Pferdekräfte ging der Bedarf doch
nicht hinaus. Da aber kam die Zeit der großen Schiffsdampfer
der Kampf um das blaue Band des Ozeans zwischen Deutschland
und England, und nun mußten die erforderlichen Maschinen der
Reisen rasch in die Welt kommen. Ein Glück nur, daß die
Reisen ihre eigenen Maschinenfabriken hatten, so konnten sie die
großen Bedürfnisse wohl genügen. Denn hier macht sich ein großes
Gemeinschaft der Entwicklung geltend. Man kann so große Maschi-
nen und auch größere wohl bauen, aber doch kann man sie
nicht, wenigstens nicht mit der Hand, denn hier die Eisenbahn-
wagen, die Durchgangsmaschinen der Tunnel und Brücken zu sein.
Deshalb konnten die Elektromotoren nie so große Maschinen
aufbauen, weil sie sie mit der Hand hätten herzustellen müssen,
und das nicht ging.

Darin war eine vollständige Umwälzung, als die Dampf-
maschinen von der Dampfmaschine verdrängt wurde. Seit dieser
Dampfmaschine wird der Dampf in vollständig anderer Weise als
bei der Dampfmaschine und bewirkt eine viel höhere Drehzahl
des umlaufenden Teiles. Während die großen Dampfmaschinen
eine 50-100 Umdrehungen in der Minute machen, bringen es die
Turbinen bis 2000. Infolgedessen wird die ganze Maschine bei
gleicher Leistung viel kleiner und leichter, so daß man innerhalb
der durch die Eisenbahn gezogenen Grenzen viel kleinere Maschinen
bauen kann. Sowohl die Leistungen der Schiffsmaschinen wie auch
die der Landmaschinen für Elektromotoren wurden dementspre-
chend an die Verhältnisse anpaßend bald nach mehreren Jahren
geändert. Besonders hohe Maschinenleistungen wies die kleinen
Benzinmotoren auf, da diese kleinen Motoren auch eine ungeheure
Verwendbarkeit besaßen. Die Handelsmarine sieht sich daher ge-
zwungen, da aber erfordern die Reichsgesetze zum Impera-
torium auf dem Wasser und halten den ganzen Verkehr wieder
ein. Lange Zeit galten die Turbinen dieser Größe als die wert-
vollsten Maschinen, da aber kamen die neuen Turbinenmaschinen
für Elektromotoren, von denen eingangs die Rede war, und
sahen einer neuen Art. Wie lange mag der nun wohl be-
halten bleiben? Die Turbinen, die es ja nicht erlauben, sind
dann, wenn jemand in irgend welcher Beziehung größere Zahlen
beziehen als bei, werden natürlich bald verdrängt. Dieser großen Re-

ford zu belagern und für ihre Elektromotoren ein paar noch
größere Maschinen zu bauen.

Seite aus Braunkohlen.

Professor Dr. C. Harries, dem Erfinder des künstlichen
Kautschuks, ist schon wieder eine bedeutende Entdeckung gelungen,
die sowohl für unsere Technik, als auch für unsere Nahrungs-
mittelversorgung während des Krieges möglicherweise von großer
Bedeutung werden kann. Es handelt sich um die Herstellung von
Gefäßen und weiterhin von Seiten aus den bei der Destillation
der Braunkohle entstehenden sogenannten „Terölen“. Bisher
wurden diese Öle als Feuerungsmaterial, auch als Schmieröl
für Maschinen verwendet, wozu sie sich jedoch weniger eignen, als
es leicht zu verstehen ist und kann die Maschinen verfallen. Man hat
also schon lange nach einer besseren Verwendung dieser Stoffe ge-
sucht, ohne daß dies bisher gelungen wäre. Professor Harries hat
nun ein Verfahren gefunden, diese Öle einer Oxidation zu unter-
werfen, wodurch ein Produkt entsteht, das wie die Fettsäure durch
Behandlung mit Kali in Seife übergeht. Es lassen sich sowohl
Schmieröle als auch härtere Seifen herstellen, die sich ihrer
Schmierkraft nach als Natronseifen kennzeichnen und ein gut
verwendbares Produkt darstellen. Das Verfahren ist bereits so gut
ausgearbeitet, daß sofort mit kleiner industrieller Ausnutzung be-
gonnen werden kann. Man wird vorerst nur an die Herstellung
von Seifen für technische Zwecke gehen; aber auch das würde
den Zweck erfüllen, daß dadurch die bisher zur Bereitung
dieser Seifen benötigten Fettsäuren und Öle frei würden und ent-
weder zur Herstellung von Toiletseifen verwendet oder — in
gewissem Umfange wenigstens — für die Ernährung bereitgestellt
werden könnten.

Heiteres.

„Zustimmung.“ Mit Beifugung können wir uns nicht
abgeben. „Sag, hast du gesehen, was die ändern wieder die
Circi sind?“
„Schöne Hausfrauen“ haben im Gange eines Provinzial-
gerichts, als ihnen ein Extrablatt überreicht wurde, enthaltend die
Nachricht von der Verurteilung von Frauen in Petersburg. Alle waren
erregt, und der Herr so stille Gemütsprojektor tief mit dröhnen-
der Stimme: „Hoch die Revolution!“ — Selbstredend in Ruf-
land! — Erwiderte mit tragendem Blick der Herr Staatsanwalt.
(Stapfistimus.)

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe der Fleischkarten und Zusatzfleischkarten im Landgebiet und in den eingemeindeten Ortschaften.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 21. August 1916 verordnet das Volksgemeinschaftsamt:

§ 1.
Die Ausgabe der für die Zeit vom 14. Mai bis 5. August 1917 gültigen Fleischkarten und Zusatzfleischkarten findet im Landgebiet und in den eingemeindeten Ortschaften mit Ausschluß von Meisingen, Gommern, Arnsdorf, Bismark, Ankersdorf und Gommern in der Zeit vom Montag, dem 7. bis Sonntag, dem 12. Mai 1917 ab bei den Gemeindevorsteheren oder, soweit Polizeibezirke vorhanden sind, bei diesen statt.

§ 2.
Kinder erhalten bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem sie das sechste Lebensjahr vollenden, nur die Hälfte der festgesetzten Bezugsmenge. Dies gilt nicht für die Kinder, die in den Jahren 1912, 1913, 1914, 1915 und 1917 geboren sind.

§ 3.
Zusatzfleischkarten erhalten alle Verbraucher, mit Ausnahme der Fleischhändler, und zwar erhalten vom 14. Mai 1917 ab alle Bezugsberechtigten weiche Fleischzusatzkarten auf die sie das Fleisch zu dem ermäßigten Preise beziehen können.

§ 4.
Die Fleischkarten und Zusatzfleischkarten werden nur verabfolgt gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises, des Lebensmittelbuchs und der für die Zeit vom 16. April bis 18. Mai 1917 gültigen Reichsfleischkarte. Die Reichsfleischkarte muß vorläufig mit dem Namen des Inhabers, dem Namen des Schlachters, bei dem sie angemeldet ist, und mit der Nummer, unter der der Inhaber in der Kundenliste des Schlachters eingetragen ist, versehen sein. Um eine richtige Abwicklung der Ausgabe zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, daß die Nummer der Kundenliste auf der Fleischkarte vermerkt ist. Die Karteninhaber wollen sich daher bei ihrem Besuch der Nummer der Kundenliste mitteilen lassen. Den mit der Karte versehenen Personen sind die erforderlichen Nachweise vor der Kartenabgabe oder den abholenden Personen vorzulegen.

§ 5.
Die Ausgabe der Karten hat durch den Haushaltungsvorstand selbst oder durch einen ausserhalb des Hauses zu geschehen. Kindern unter 14 Jahren werden die Karten nicht verabfolgt.

§ 6.
Wer seine Karte verloren hat, verliert sie, erhält sie zu einem höheren Preise nur gegen Zahlung einer Gebühr von 1.- M. ausgetauscht.

§ 7.
Wer mehrere Karten besitzt oder wer es unternimmt, durch Zerkleinerung oder durch sonstigen Weg eine ihm nicht zustehende Fleischkarte zu erhalten, wird mit einer Geldstrafe von 21. August 1916 mit Verhaftung bis zu einem Jahre oder mit Gefängnis bis zu 10 Wochen oder mit einer Geldstrafe bis zu 100 M. bestraft.

Das Volksgemeinschaftsamt.

Bekanntmachung.

Pflanzen-Spätkartoffeln

Die Abgabe der Spätkartoffeln, Acker-Gemüsebau oder bei der Kartoffelzucht, beginnt am 7. Mai an um 8 Uhr morgens bis 12 Uhr abends.

Die Kartoffeln sind gegen zu entrichtenden Preis von 12 Pf. für das Hundst. zu haben.

Im Saal der Landwirtschaft von Ballenbach, Breite Wallstraße 36, an der Dübenerbrücke, von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gegen Vorlegung der ersten Spätkarte und eines gültigen Ausweises.

grünen Spätkartoffeln	1.—	am 7. Mai
„	1.—	„ 8. „
„	1.—	„ 9. „
„	1.—	„ 10. „
„	1.—	„ 11. „
„	1.—	„ 12. „
„	1.—	„ 13. „
„	1.—	„ 14. „

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Mustergärten der Kriegshilfe.

Die Mustergärten der Kriegshilfe sind an den verschiedenen Stellen im Landgebiet und in den eingemeindeten Ortschaften angelegt. Die Mustergärten sind an den folgenden Stellen angelegt:

An der Schönfelder Straße auf Parzelle 53

jeden Dienstag nachmittag von 3—5 Uhr;

im Schilfgarten an der Geniner Straße

jeden Donnerstag nachmittag von 3—5 Uhr;

im Pfaffenberggarten an der Kaiserne auf Markt

jeden Freitag nachmittag von 3—5 Uhr.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Betten-Duven

Durch Zufall konnte einen Waggon solche große

Salzheringe

per Stück 10 Pf.,

5 Stück M. 1.90.

Paul Lohrmann

Hundestraße 97.

Geschmackvoll garnierte

Damen-Hüte

zu meinen bekannt billigen Preisen in größter Auswahl.

Niefenlager in Kinderhüten garniert und ungarniert erstaunlich billig.

D. Wagner

Holstenstraße 8.

Holstenstraße 8.

627

Magermilchverteilung am 6. Mai

(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit).

In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an die Nummern 101 bis 200 der Ausweiskarte.

Quarkverteilung.

Quark (Weißkäse) zum Aufstrich in allen Läden des Burgfor-, Mühlenfor- und Hirtentorviertels, soweit der Vorrat reicht. Abgabe an alle magermilchbezugsberechtigten Haushaltungen laut Ausweiskarte 1 Schale zu 55 Pf.

Da Montags vormittag keine Zeitung erscheint, erfolgt Magermilchverteilung am 7. Mai

an diesem Tage voraussichtlich und unter Vorbehalt (soweit Verkaufsfähigkeit).

Nr. 1 bis 100 und Nr. 301 und höhere Nummern.

In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch, diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Beim Montag und Donnerstag jeder Woche geschlossen.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Die Mitglieder des Aerztlichen Vereins werden künftighin

Sonntagsprechstunden

nicht mehr abhalten.

Das Publikum wird gebeten, sich in dringenden Fällen an die jeweiligen Aerzte des Sonntagsdienstes zu wenden.

Dr. Joël, Vorsitzender d. Aerztl. V.

Optischen Geschäfte

bleiben während der Sommermonate von

Samstag, den 6. Mai bis einschließl. Sonntag, den 30. Septbr.

an allen Sonn- und Feiertagen geschlossen.

J. A. C. Dittmann, Königstr. 84/86.

Johs. Goldbaum, Königstr. 84. Hugo Meier, Wahnstr. 21.

L. Meumann, Fischerg. 89. Carl Volger, Breite Str. 56.

Ehlers & Reetwisch

Lübeck, Holstenstraße 1.

Billigste Bezugsquelle für Herren- u. Knaben-Garderobe.

Damen-Konfektion.

Garnierte Hüte.

Leinen- und Aussteuer-Artikel.

Sonntag ist unser Geschäft bis 6 Uhr geöffnet.

Verband Lübecker Kaninchenzüchter.

Große Kaninchenausstellung

am 12. und 13. Mai 1917

in der „Sania-Halle“, Radenb. Allee.

Günstige Kaninchenzucht von Zuchtieren.

Der Verkauf beginnt am Sonntag, dem 13. Mai, vormittags 10 Uhr.

Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Die Sozialdemokratische Feldpost

ist als Maifestnummer erschienen. Preis 10 Pf.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Chorverein Lübeck.

Sonntag, den 13. Mai 1917

4 Uhr nachm. anfangend

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

zum Besten des Roten Kreuzes

im Konzertlokale Walkmühle (Lück).

Ausführende:

Männer- und Frauenchor des Chorvereins,

Kapelle der Schutzmannschaft

unter persönlicher Leitung des Herrn Wachtmeisters Gebert.

Eintrittspreis:

Im Vorverkauf 20 Pf. An der Kasse 30 Pf.

Eintrittskarten sind im Gewerkschaftshaus zu haben.

650

Der Vorstand.

U-Boot-Spende.

Wohltätigkeitsabend

am Sonntag, dem 6. Mai 1917
in der **Stadthalle.**

Prolog.

Verfaßt von Herrn Professor Dr. Schulze.

Tanzaufführungen:

Boccherini -- Menuett -- Holzschuhtanz -- Fliegentanz, großer patriotischer Festtanz, getanzt von 16 Damen.

Theateraufführungen:

„Der Hamster“, Lustspiel in einem Aufzuge von Fritz Ewald.

„Am Webstuhl der Zeit“, Vaterländisches Festspiel aus den großen Tagen der Gegenwart von Fritz Ewald.

Militärkonzert.

Während der Pausen:

Glückstopf, Verlosung eines Ferkels.

Eintrittsgeld: 50 M., 1.- M., 1.50 M.

Vorverkaufsstellen: H. Dreifalt, Breite Straße 28/30, Friedr. Nagel, Markt 14, Mart Tews, Adolphstr. 7.

Losé à l. M. sind zu haben bei J. Kerz, Königstraße 61/63, sowie an der Abendkasse.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr.

Der Ausschuss.

630